

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A.

Für Hamburg werden in Deutschland und anderwärts Streifbrecher geworben. Man habe überall ein wachsameres Auge auf die Agenten; jetzt darf kein Maurer, überhaupt kein baugewerblicher Arbeiter nach Hamburg kommen!

Das Baugenossenschaftswesen in Deutschland.

Obwohl sich die Baugenossenschaften in unserm Lande besonders in den letzten zehn Jahren stark vermehrt und eine immer größere Tätigkeit entfaltet haben, weiß die große Öffentlichkeit sehr wenig von ihnen. Ein und wieder liest man einmal einige Zahlen aus einem Geschäftsbericht, und das ist so ziemlich alles, was von der Tätigkeit der Baugenossenschaften nach außen dringt. Gätten wir nicht die Berichte, die das Reichsamt des Innern in jeder Legislaturperiode dem Reichstage über die Verwendung der zur Unterstützung gemeinnütziger Bauunternehmungen bestimmten Gelder vorlegt, so fehlte jede Gelegenheit, etwas über die Tätigkeit der Baugenossenschaften zu erfahren. Nur die wenigsten Baugenossenschaften sind organisiert, und daher kommt es, daß es an einer zusammenfassenden Darstellung ihres Wirkens fehlt. Das ist darum sehr bedauerlich, weil gerade dieser Art der Genossenschaft eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung zukommt.

Es ist heute eine Binsenwahrheit, daß die Mehrheit des arbeitenden Volkes ihre Wohnungsbedürfnisse nicht so befriedigen kann, wie es die Zeit erfordert. Der heutige Arbeiter, der in Fabriken und Werkstätten in heißer und schwüler oder durch Staub oder Dämpfe verunreinigter Luft intensiv arbeitet, hat eine andre Wohnung nötig, als der Arbeiter der guten alten Zeit. Lust und Sonnenlicht in reichstem Maße sind ihm Bedürfnisse, die er befriedigen muß, wenn er und seine Nachkommenschaft nicht schweren körperlichen Schäden erleiden wollen. Dabei braucht man noch gar nicht in Rechnung zu stellen, daß der unvermögende Wohnungsluzus der Besitzer den Wohnungsanprüche der Gesamtheit steigen läßt. Ein Blick auf die Massenquartiere in unsern Städten — man glaube ja nicht, daß da nur die Großstädte gemeint seien — zeigt, wieviel Wohnungsbedürfnisse da unbefriedigt bleibt, wie ungesund viele Menschen wohnen müssen und welchen Schaden dabei die Volksgesundheit leidet. Dieser Not stehen die Behörden so gut wie untätig gegenüber. Die kommunale Wohnungsinspektion, deren Aufgabe es sein soll, durch gründliche Prüfung schlechte, gesundheitsgefährdende Wohnungen von der Vermietung auszuschließen, muß im großen und ganzen verlagen, wenn sie auch manche allzu schlimme Gasse sperren kann; denn hier hilft nicht die Sperrung der schlechten Wohnungen, sondern nur die Schaffung von guten und billigen Wohngelegenheiten. Diese unerlässliche Aufgabe jeder wirksamen Wohnungsreform erfüllen weder Reich, noch Staaten, noch Kommunen, weil überall aus den bekannten Gründen die Mittel für solche Kulturarbeit fehlen. Ebenso wenig ist natürlich von der privaten Bautätigkeit eine Hilfe in dieser Richtung zu erwarten. Gerade die Spekulation, die Boden- und die Gebäudepekulation, ist eine Quelle des heutigen Wohnungselends, und darum kann man von ihr nicht erwarten, daß sie zu seiner Beseitigung beitrage. Bei stärkster Betonung der Pflicht des Staates, die Verbesserung der Wohnverhältnisse in die Hand zu nehmen, bleibt für den, der sich nicht mit Worten begnügen will, nur die genossenschaftliche Selbsthilfe.

Aber wenn die Aufgabe der Wohnungs-Baugenossenschaften sehr wichtig ist, so ist sie auch sehr schwer zu erfüllen. Der genossenschaftliche Bau von Wohnungen ist finanziell ganz anders anzufassen, als der genossenschaftliche Wareneinkauf. Er erfordert bedeutend größere Kapitalien, die längere Zeit keinen Zins bringen (Grundstücke), und bietet den Genossenschaftsmitgliedern nicht gleich die Erreichung des erstrebten Zweckes. Darum kann man die Baugenossenschaften nicht mit den Konsumgenossenschaften auf eine Stufe stellen. Während diese verhältnismäßig leicht zu finanzieren sind, bedürfen jene fast immer der Hilfe kapitalstärker Leute. Darin sind die Gründe dafür zu suchen, daß die Arbeiterklasse dem Baugenossenschaftswesen fast untätig gegenübersteht. So bedauerlich das ist, so erklärlich ist es. Es handelt sich dabei nicht um eine Abneigung vor dem Grundgedanken der Baugenossenschaften, dafür kann keiner mehr Anerkennung haben, als eben die Arbeiter, sondern um die Schwierigkeit, auf diesem Gebiete eine entsprechende Eigen-tätigkeit zu entfalten.

Am Schlusse des Jahres 1907 bestanden in Deutschland 747 Baugenossenschaften, darunter sind jene Genossenschaften nicht mitgezählt, die sich nur zum Zwecke der Errichtung eines Gebäudes gebildet haben, wie z. B. die Genossenschaften der Vereins- und Gewerkschaftshäuser, die ja auch tatsächlich nicht dazu zu zählen sind. Diese 747 Genossenschaften hatten etwas mehr als 130 000 Mitglieder. Ueber den Umfang der von der Gesamtheit der Baugenossenschaften ausgeübten Bautätigkeit ist, wie schon bemerkt, gar nichts zu erfahren, was gerade für uns bedauerlich ist. In dem Bericht des Reichsamts des Innern an den Reichstag (Reichstags-Drucksache 1177) sind die Zahlen der Genossenschaften bis zurück zum Jahre 1889 enthalten, so daß man die Entwicklung recht gut zu verfolgen vermag. Danach bestanden Baugenossenschaften im Jahre 1889: 38, 1890: 55, 1895: 132, 1900: 361, 1905: 642 und Ende 1907: 747. Bei der Rechtsform der Genossenschaften überwiegt die Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, deren waren es 736, während 11 Genossenschaften noch die unbeschränkte Haftpflicht ihrer Mitglieder hatten.

In den Etat des Reiches für das Jahr 1901 wurden zum ersten Male Mittel zur „Förderung und Unterstützung gemeinnütziger Bauunternehmungen“ eingestellt. Es war nicht viel, was das Reich für diese Zwecke übrig hatte, im ganzen waren bis 1908 33 Millionen Mark dafür bewilligt, wovon die Regierung M. 24 620 750 zur unmittelbaren Unterstützung von Genossenschaften verwendet hat. Natürlich handelt es sich nur um eine Unterstützung durch Darlehen in Form der Uebernahme von Hypotheken. Es läßt sich leicht nachweisen, daß diese Förderung verhältnismäßig geringfügig ist, insgesamt ist sie bisher nur 84 Baugenossenschaften zuteil geworden. Prozentual erhielten Darlehen von Reich: 1901: 2,5 pZt. aller Baugenossenschaften, 1902: 3,9, 1904: 6,7, 1905: 8,0, 1906: 8,4, 1907: 9,5 und 1908: 9,8 pZt. Angesichts dieses Verhältnisses ist die Forderung des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg, daß die reichsseitige Unterstützung den großen Auffschwung der Baugenossenschaften herbeigeführt habe, doch wohl etwas gewagt. Nicht die Aussicht auf eine Unterstützung durch den öffentlichen Säckel,

bei deren Gewährung übrigens auch gewisse ordnungspolitische Erwägungen mitsprechen, hat so viele Baugenossenschaften neu entstehen lassen, sondern das Wohnungselend, aus dem es keinen andern Ausweg gibt als den, den die Selbsthilfe bietet. Außer den Summen für Darlehen hat die Regierung noch für M. 4 070 482 Baugelände erworben, insgesamt 210 Hektar, von denen 55 Hektar an 12 Genossenschaften zu Erbbaurecht vergeben sind. Die damit bedachten Genossenschaften haben fast alle ihre Mitglieder aus den Kreisen der Beamten und Arbeiter, die im Dienste des Reiches tätig sind. Weit bedeutender ist die finanzielle Hilfe, die die Baugenossenschaften von den Landesversicherungsanstalten erfahren. Von diesen haben mehrere einen beträchtlichen Teil ihres Vermögens in Genossenschaftshypothen belegt; bisher waren es circa 140 Millionen Mark. Gegen eine solche Verwendung der Versicherungsgebelde ist natürlich nichts einzuwenden, sie entspricht vielmehr ganz dem Geiste einer gesunden Sozialpolitik.

Die Art, wie die Genossenschaften bauen, ist erklärlicherweise örtlich verschieden. Das Ideal so vieler Familien, ein kleines Haus mit Gemüse- und Blumengarten allein bewohnen zu können, ist meistens unerreichbar. In den Großstädten verbietet es sich von selbst wegen der hohen Kosten des Baugrundes, und auch in kleineren Orten stehen ihm die erhöhten Baukosten hindernd im Wege. Dagegen werden vielfach freistehende Häuser mit zwei oder vier Wohnungen gebaut, wo gewöhnlich auch noch etwas Gartenland übrig bleibt. Das ist besonders im Bereich des Nord-Dee-Kanals üblich. In den Großstädten verbietet sich jedoch auch das, da muß der Grund durch vier- bis sechsstöckige Bauten ausgenutzt werden, wenn das Ziel, gute und billige Wohnungen, erreicht werden soll. Typisch für diese Bauart sind beispielsweise die Gebäude des Beamtenwohnungsvereins zu Berlin in Berlin-Nord und des Kieler Bau- und Sparvereins an der Mafmannstraße. Auch die Hamburger „Produktion“ baut so. Hier bilden die Gebäude vollständige Straßengevierte, die oft noch durch Quergebäude im Innern des Hofhofes gefüllt werden.

Fast allgemein gilt es, daß die Genossenschaftswohnungen weit über den Arbeiterwohnungen stehen, die die private Bautätigkeit schafft. Nicht immer, aber meistens machen die Genossenschaftshäuser schon von außen einen gefälligen Eindruck, haben sie etwas Besonderes, Individuelles an sich. Hier ist der Plan nicht nach Schema F zurecht gestrichen, sondern man sieht auf den ersten Blick, daß nach einem Heim verlangende Menschen und nicht Spekulant den Bau schufen. Von Bedeutung für die Gesundheitspflege ist, daß in diesen Wohnungen jede Familie einen Abort zum alleinigen Gebrauch hat, daß allgemein die Küche aufhört, ein Wohnraum zu sein, daß man besondere Waschküchen hat, und daß erfreulicherweise dem Badebedürfnis Gelegenheit zur Befriedigung gegeben wird. Es will z. B. sehr viel bedeuten, wenn die Baugenossenschaft in einem Landstädtchen wie Varkentin in Ostpreußen, in ihren Wohnungen eine, wenn auch gemeinsame, Badegelegenheit bietet. Bei der weit besseren Ausstattung der Genossenschaftswohnungen bleiben sie mit den Mietpreisen noch hinter den von der Spekulation errichteten Wohnungen zurück. Der letzte

Bericht des Reichsamts des Innern enthält darüber leider keine Angaben mehr, Herr v. Bethmann-Hollweg hat wohl bestritten, damit das Mißfallen der Hausagrarier zu erregen; Graf Proskowski hat seinem Bericht in der ersten Legislaturperiode 1903/04 diese Angaben beigegeben. So wurde da über Dortmund berichtet: Die Genossenschaft fordert für ein Zimmer 1.60, während der ortsübliche Mietzins für ein gleiches Zimmer ungefähr 1.100 beträgt. Der Wohnungsbauverein für Danzig sagt: Die Vereinswohnungen sind gesünder und besser eingerichtet als die Privatwohnungen von gleicher Größe. Trotzdem sind die Mietpreise um 15 bis 20 pZt. niedriger. Von Köln heißt es, daß die vom Verein geschaffenen Wohnungen bei besserer Ausstattung um etwa 10 pZt. hinter dem ortsüblichen Mietpreise zurückbleiben. Und ebenso in Braunschweig: Die Genossenschaftswohnungen sind besser eingerichtet und gesünder als die Mehrzahl der Privatwohnungen von gleicher Größe. Trotzdem bleiben sie im Mietpreise um 12 bis 15 pZt. hinter den Durchschnittspreisen zurück. So ist es fast überall. Das ist sehr beachtlich, zumal für uns Bauarbeiter. Die niedrigen Mietpreise sind nämlich nur möglich, weil der Unternehmer bezw. Spekulant profit beim Genossenschaftsbau wegfällt; denn die andern Baukosten für Grund und Boden, Material usw. sind nicht niedriger, sondern eher noch höher, weil die Genossenschaften keine Sonderpreise für Ziegel und Zement haben, wie sie den Mitgliedern der Unternehmerorganisation von den Materialhändlern zugebilligt sind. Wie weit übrigens die Genossenschaften in eigener Regie bauen, ist uns nicht bekannt. Es scheint die Übertragung der Arbeiten an einen Unternehmer vorzuherrschen.

Für uns hat das Baugenossenschaftswesen neben der allgemeinen volkswirtschaftlichen noch eine besondere Bedeutung. Schon in dem Verbandsflugblatt Nr. 7 wiesen wir darauf hin, als wir die Ursachen der Krise besprachen und dabei untersuchten, warum sie im Baugewerbe so besonders schwer gewesen sei: „Das Baugewerbe ist wie kein andres Gewerbe von der Spekulation abhängig; die Spekulationsbauten bilden die große Mehrheit der Bauobjekte. Jede Spekulation ist aber auf Kredit angewiesen, arbeitet mit fremdem Gelde. Da nun jeder wirtschaftliche Zusammenbruch die Geldgeber zur vorsichtigen Zurückhaltung zwingt, so muß sich notwendigerweise jede allgemeine Krise am ersten und schwersten im kreditbedürftigen Baugewerbe äußern, dem durch die Erschütterung des Kredits die Betriebsmittel entzogen werden. Für den Ausfall der Spekulationsbauten aber ist nirgend Ersatz. Die öffentliche Bautätigkeit der Kommunen und Staaten beschränkt sich auf das Notwendigste und kann nach der heutigen Wirtschaftsordnung nur einen geringen Bruchteil der ganzen Bautätigkeit bilden.“

Diese rückläufige Grundlage der baugewerblichen Betriebsweise schaltet den Einfluß von Angebot und Nachfrage bis zu einem gewissen Grade aus. Das können wir gerade jetzt sehr gut beobachten: in den meisten Groß- und Mittelstädten herrscht ein fühlbarer Mangel an Wohnungen, manderorts leidet die ärmere Bevölkerung sogar unter einer unerträglichen Wohnungsnot; aber gleichwohl wird nicht gebaut. Das ist die Folge davon, daß im Baugewerbe jede Regelung der Produktion, wie wir sie in andern großen Industriezweigen haben, fehlt. Wohl bietet uns das Baugenossenschaftswesen kleine Ansätze zu einer solchen Regelung, aber bei seiner heutigen finanziellen Schwäche kommt es noch so gut wie gar nicht in Betracht.

Von den Unternehmern haben wir nicht zu erwarten, daß sie aus sich eine solche Regelung schaffen, ja es liegt gegenwärtig nicht einmal in unserm Interesse, daß sie es tun, weil sie die dadurch erlangte Nachstellung als Kampfmittel gegen uns anwenden würden; aber vom Staat und Gemeinde müssen wir verlangen, daß sie hier eingreifen, entweder selbst durch Errichtung von Bauten oder durch Begünstigung und Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften.

Das ist zwar richtig; daß das Baugenossenschaftswesen in seiner heutigen Schwäche für die Regelung der Produktion fast gar nicht in Betracht kommt. Dazu ist es dem Ganzen unseres Wirtschaftslebens gegenüber zu klein und unbedeutend. Geht seine Entwicklung aber in demselben Tempo weiter, erfassen die Massen des Volkes den Vorteil der genossenschaftlichen Wohnungsverordnung, so ist es in nicht unabsehbarer Zeit möglich, einen großen Teil des ganzen Wohnungsbaues genossenschaftlich auszuführen; und da die Baugenossenschaften mit ihrer wachsenden Kraft, und besonders, wenn sie sich in Anlehnung an andere Genossenschaften organisieren, auch eine gewisse Unabhängigkeit vom Geldmarkt erlangen werden, so wäre ein guter Teil der Bautätigkeit dem Auf und Ab der Konjunktur zu entziehen, da die genossenschaftliche Bautätigkeit schon ihrem Wesen nach immer dem Wohnungsbedarf der Bevölkerung folgen muß.

Damit wäre auch zugleich dem Unternehmertum ein Stück seiner Macht entzogen; denn eine Genossenschaft von Arbeitern würde natürlich nicht mit den Scharmachern gemeinsame Sache machen, sondern im Gegenteil eine Haltung beobachten, in der die Bestrebungen der Gewerkschaften eine Stütze fänden. Aus alledem ergibt sich, daß die Förderung des Baugenossenschaftswesens sowohl im Interesse der ganzen Volkswirtschaft als auch im Interesse der Bauarbeiterschaft liegt.

Wandlungen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

IV.

E. Außer der Interkonfessionalität gehört die „politische Neutralität“ zu den Grundlagen der christlichen Gewerkschaften. „Eine Gewerkschaft — so heißt es in der schon erwähnten W.-Labbacher Programmschrift aus dem Jahre 1899 — muß politisch parteilos sein. Aus ähnlichen Gründen, wegen deren eine Organisation sich nicht mit religiösen Angelegenheiten befassen darf, muß sie auch von jedweder politischen Tätigkeit oder Erörterung politischer Angelegenheiten sich fern halten. Ein wirtschaftlicher Verband hat eben keine andere Aufgabe, als die rein wirtschaftliche. Es darf daher ein Gewerbeverein sich auch niemals irgend einer politischen Partei anschließen.“

Der Forderung, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre Selbstständigkeit behält und sich keiner politischen Partei anschließt, kann man zustimmen. So hatten es unsere Organisationen in Deutschland ja auch. Wir machen kein Fest daraus, daß wir in der sozialdemokratischen Partei die einzige für die Vertretung der Arbeiterinteressen in Betracht kommende politische Partei erblicken; wir halten es für selbstverständlich, daß wir in gewissen Fällen, wo es die ganze Macht der Arbeiterbewegung aufzubieten gilt, Hand in Hand mit der Sozialdemokratie gehen; wir wirken auch nach Kräften darauf hin, unsere Mitglieder in sozialistischem

Geiste zu bilden und zu festigen — aber deshalb betreten wir doch unsere Selbstständigkeit der sozialdemokratischen Partei gegenüber, wie diese ihre Selbstständigkeit uns gegenüber bewahrt. Und wenn auf christlicher Seite die politische Überbetonung, wenn auf christlicher Seite die „politische Neutralität“ dominiert, dann erfüllt ist, daß sich die Gewerkschaft keiner politischen Partei anschließt oder unterordnet, dann sind wir so „politisch neutral“, wie man es nur wünschen kann, öst „politisch neutral“, als die christlichen Gewerkschaften, da wir niemanden beim Eintritt in unsere Organisationen nach seinem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis fragen.

Wir sind allerdings nicht der Meinung, daß sich eine Gewerkschaft „von jeder politischen Tätigkeit oder Erörterung politischer Angelegenheiten fernhalten“ soll — aus dem einfachen Grunde, weil es keine Fragen wirtschaftlicher Art gibt, die nicht auch ihre politische Seite hätten, oder die sich ohne politische Vorbedingungen erledigen lassen. Die Arbeiterklasse bedarf zur Durchführung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben gewisser Rechte: des Vereins-, des Versammlungs- und des Koalitionsrechtes, der Pressefreiheit, des Wahlrechts usw.; sie ist in hohem Maße interessiert an der Wirtschaft, an Zoll- und Steuerpolitik, die ihre gewerkschaftlichen Bestrebungen fördern oder schädigen können; sie kann vor allen Dingen an der Gestaltung der Sozialpolitik, die sich auf parlamentarischem Boden vollzieht, nicht teilnahmslos vorübergehen — alles Beweise, daß eine Gewerkschaft die Pflicht hat, den politischen Vorgängen ihre Aufmerksamkeit zu schenken, die Mitglieder auf die Bedeutung derartigen Fragen hinzuweisen. Und da alle diese Dinge im Kampfe der Parteien entschieden werden, ist es auch notwendig, parteipolitisch Stellung zu nehmen. Das Verhalten der Parteien, je nachdem, ob sie den Arbeiter- und Gewerkschaftsinteressen gedient haben oder nicht, zu kritisieren. Auch den W.-Labbacher Gewerkschaftssekretären vom Jahre 1899 leuchtet es ein, daß die völlige politische Abstinenz ein Übel ist, und so gesehen sie denn zu, daß bei Reichstags- und Landtagswahlen für eine Gewerkschaft die Notwendigkeit eintritt, Stellung zu nehmen: „Die wirtschaftlichen Fragen des Arbeiterstandes werden ja oft den Gegenstand der Verhandlungen in den einzelnen Parlamenten bilden. Soll da nun ein Verband als solcher für einen der aufgestellten Kandidaten in die Agitation eintreten? Wir sagen: nie und nimmer, weil dadurch sofort der Parteigeist in die Gewerkschaft getrieben und letztere dadurch sicherlich geschwächt werden würde. Die Organisation hat sich hier vielmehr damit zu begnügen, daß sie in jeder Weise ihre Mitglieder über die Forderungen aufklärt, welche die Arbeiter in wirtschaftlichen Fragen an jeden Abgeordneten stellen müssen. Auch wird sie oft die einzelnen Kandidaten veranlassen, sich über ihre besondere Stellungnahme hierzu öffentlich auszusprechen. Im übrigen muß eine Gewerkschaft es dem vernünftigen Nachdenken der Mitglieder überlassen, welchen Kandidaten sie für die Vertretung ihrer Interessen geeignet halten.“

Man sieht, das ist schon ein recht fühlbares Abweichen von der Forderung, daß sich die Gewerkschaft von jedweder politischen Tätigkeit oder Erörterung politischer Angelegenheiten fernhalten soll. Hier wird im Gegenteil die Erörterung politischer Fragen, und zwar bei einem hohen politischen Unternehmen, bei Parlamentswahlen, geradezu

Nordische Häuser.

(Von der Nordischen Kunstgewerbe-Ausstellung in Stockholm.)

Draußen am Salt Sjö, dem Teile des Stockholmer Hafens, der die Durgärten Insel umspült, hat der Norden in diesem Jahre eine Kunstgewerbeausstellung eröffnet, in der auch die Architektur zu Worte kommt. Schon der Straßenzug, der hinaus zur Ausstellung führt, bereitet auf den Charakter der in der Ausstellung befindlichen nordischen Baukünstler vor. Die Häuser, die den breiten Strandweg flankieren, tragen in ihrer Bauart nordisches Gepräge. Mächtig und massig breiten sie ihre grau- oder braungetönten Steinquadern frontenlang. Rundtürme gliedern ihre Bedachung, in Rundform sind auch die Erker gehalten, die den großen Mauerblöcken etwas Abgerundetes und Bornehmes geben und zahlreiche Türmchen krönen. Dachstuhl und Giebel. Gleich hinter der Brücke, die zur Durgärten Insel hinüberführt, taucht dann das graue, steile, im nordischen Spätnormannensstil gehaltene Gebäude des Nordischen Museums auf, während jenseits der Straße, auf einer kleinen Anhöhe, die Holzhäuser des Esten, des nordischen Freiluftmuseums, aus dem latten Rost halbkreisförmig Gartenanlagen hervorquellen. Inmitten dieses Museums erhebt sich der Ausstellungsbau: ein Heim bodenständigen Kunstgewerbes, umgeben von heimlicher Landschaft.

Die Ausstellung selbst präsentiert sich als der übliche weißgetünchte Hallenbau, wie er gelegentlich der meisten Ausstellungen der beiden letzten Jahrzehnte zu beobachten war. Hier freilich, wo die Ausstellung einen kolossalen Charakter tragen soll, hätte man allerdings etwas andres erwarten können. Aber man soll den äußeren Eindruck niemals das Gesamturteil beeinflussen lassen. Auch hier

nicht, wo die Innenbefestigung für manches entschädigt, was man rein äußerlich leichter missen kann.

Wenn man den Hausbau als eine Kombination von Mauer- und Zimmerbau betrachtet, so tritt beim nordischen Haus die letztere hinter die erstere stark zurück. Ja, man kann sagen: je charakteristischer ein Haus für den nordischen Stil ist, desto weniger Mauerwerk wird bei ihm an ihm entbeden können. Das nordische Haus ist ein Holzhaus. Findet sich Mauerwerk an ihm, dann ragen die Wandungen selten höher als Mannesgröße über den Erdboden hinaus. In den besseren Häusern freilich sind wenigstens die Innenwände verputzt, auch die Decken. Das aber trifft man schon seltener, denn der Nordländer liebt es, wo er kann, das Gebälk mit feiner, meist rot oder originalen Schnitzarbeit zu verzieren, sowohl außen, wie innen.

Was die Ausstellung uns zeigt, ist denn auch meist Innenarchitektur. Alle Räume, ganz gleich, ob Möbel, Textilien, Kunstgegenstände, Keramik, Metallwaren usw. in ihnen ausgestellt sind, wirken die kolossale Art, wie sie im nordischen Hausbau und im Hausbau des Nordländers zum Ausdruck gelangt.

Das nordische Haus ist reich an Winkeln und Nischen, Ertern und Gängen. Bald führt ein Treppchen hinauf, bald eins hinunter. Die Erker, bald viereckig, bald dreieckig, bald rund, wirken nicht nur malerisch, sondern schaffen auch zugleich eine vergrößerte Räumlichkeit, ohne die Ziellosigkeit und Trübseligkeit des Ganzen irgendwie zu vergrößern. Das Dach — ein Holzdach — hängt tief herab. Der Dachstuhl wird von Holzsäulen getragen, die durch Naturholzgitter in Meterhöhe miteinander verbunden, eine hübsche Veranda abgeben. Haus und Veranda gehören somit organisch eng zueinander. Von außen ist das Haus braun oder rot gefärbt. Die Säulen und Fensterumrahmungen sind weiß gehalten. Der feineren Unter-

bau schimmert granitgrau. Zwei oder drei Stufen führen ins Haus hinein, das meist ein Einfamilienhaus, seltener ein Zweifamilienhaus ist. Schon die Veranda hat etwas Wohnliches. Auf ihr stehen die feinstgekauften Bänke und Tische; auch größere Haushaltungsgegenstände finden hier ihren Platz. Das Erdgeschoß birgt außer der Küche ein oder zwei Wohnräume. Die Schlafkammern befinden sich im Dachgeschoß. Die durch das Dach hervorgerufenen Abschrägungen sind durch besondere Vorrichtungen zu Kleider- und Wäschekammern umgestaltet, in denen, wenn sie ein- oder zweifamilienhaft sind, die großen, schweren, dunkelsten und eisenbeschlagenen Truhen ihren Platz finden.

Die Verputzung der Wohnräume geschieht durch Kalk- oder Gips. In ihnen ist auch der große Kamin, der oft eine ganze Wand einnimmt und mit seinen grün oder blau- oder graublauen Ziegeln das Bierfeld eines jeden Raumes ist. Auch der niedrige, langgestreckte Herd in der Küche ist gemauert, der eigentlich kein Herd, sondern nur eine Feuerstelle ist, auf dem der Rest tragende Dreifuß seinen Platz hat. Oft ist der Kalk bei diesen Verputzungen durch irgendeine Beigabe getönt. Das erleichtert die Reinigung und steht oft in einem künstlerisch geradezu prächtigen Einklang mit dem sonst für den Bau verwendeten Holzmaterial. Im übrigen sind die Zimmer durchwegs niedrig gehalten, machen aber gerade durch ihre geringe Höhe und durch ihre kleinen, oft kleberglasten Scheiben den Wohnraum traulich und gemütlich.

Die Innenausstattung dieser Häuser ist eine höchst einfache. Werden die aus derben Hölzern gezimmerten, mit Nagelornamenten beschlagenen Türen nicht durch primitive Holzplättchen geschlossen, dann mocht die Nachbildung eines alten Schwerthaukes, oder einer Schlange, oder eines Naubogelns, der Zitriff. Jedemfalls sind diese Geißte fast immer höchst originell in der ganzen Art ihrer Auffassung.

zur Pflicht gemacht, wobei es nichts zur Sache tut, ob man den gewählten Kandidaten mit Namen nennt, oder ob man die Schlussfolgerung auf den richtigen Mann den Wählern überläßt, nachdem man ihnen vorher die einzelnen Parteien und Kandidaten in ihrem Verhältnis zu den in Betracht kommenden Fragen vorgeführt hat. In einer Frage wird sogar unter allen Umständen eine Stellungnahme als notwendig erachtet: „Ein politisches Grundrecht gibt es, das keine Organisation antastet und das, weil es da niemals höhere Gründe geben kann, die einen Arbeiter zum Preisgeben dieses Rechtes bewegen dürften; dieses Grundrecht ist das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. Sollte daher eine Partei hierin ihre Pflicht vergessen, dann muß eine Organisation auch als solche gegen sie Stellung nehmen.“

Das ist, wie man abgeben wird, im Grunde die Anerkennung, daß eine Gewerkschaft an den wichtigen, das Arbeiterinteresse betreffenden politischen Fragen nicht vorbeigehen kann. Einen wesentlich anderen Standpunkt nimmt jedoch eine jüngst erschienene Schrift ein, die als Neubearbeitung der Schrift vom Jahre 1899 gelten und wie diese auf programmatische Bedeutung Anspruch machen kann. „Darin ist nur noch die Rede von sozialpolitischen Mindestforderungen, mit denen die Gewerkschaft steht und fällt. . . Wenn bei der Sozialgesetzgebung die Lebensinteressen der Gewerkschaft auf dem Spiele stehen, kann sie nicht schweigen.“ Dann aber heißt es: „Fragen der allgemeinen Politik, wie Fragen der Verfassung, Heer- und Flottenfragen, allgemeine Steuerfragen, die allgemeine Wirtschaft, und Handelspolitik, sind nicht Sache der Gewerkschaftsbewegung und haben mit der Gewerkschaftsbewegung als solcher nichts zu tun. Sie gehen den Arbeiter nicht als sogenannten Verkäufer seiner Arbeitskraft, also nicht als Arbeiter im engeren Sinne, sondern als Staatsbürger an. Je nach dem parteipolitischen Standpunkt kann die Stellungnahme der Arbeiter zu diesen Fragen eine sehr verschiedene sein.“ Die Gewerkschaftsbewegung mit diesen Fragen belasten, hieße die Einheit der Berufsgruppen gefährden und damit dem obersten gewerkschaftlichen Prinzip entgegenarbeiten.“

Hier ist nicht mehr die Rede davon, daß eine Gewerkschaft bei Reichstags- und Landtagswahlen „in jeder Weise über die Forderungen auftritt, die den Arbeiter in wirtschaftlichen Fragen an jeden Abgeordneten stellen müssen.“ Hier wird nicht mehr als Pflicht der Gewerkschaft betrachtet, das Wahlrecht zu schützen und gegen jede Partei Stellung zu nehmen, die hierin ihre Pflicht verliert. Hier werden im Gegenteil Fragen der Verfassung, der Wirtschaft, Handels- und Steuerpolitik usw., alles Angelegenheiten, die tief in das Arbeiterinteresse eingreifen, kurzum aus dem Bereiche der gewerkschaftlichen Forderung gewiesen, mit ihnen darf sich die christliche Gewerkschaft auch dann nicht beschäftigen, wenn, wie bei der Zolltarifdebatte oder bei der jüngsten Finanzreform, das Wohl und Wehe der gesamten Arbeiterkraft und nicht zum wenigsten auch das Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung und der einzelnen Organisationen dabei in Betracht kommt.

Es liegt auf der Hand, daß nicht die Sache der Arbeiterklasse, nicht die Sache der Gewerkschaftsbewegung bei

der Festlegung solcher Grundfälle maßgebend gewesen ist, denn die Verletzung eines derartigen Standpunktes liegt auf der Hand, sondern das Interesse der christlichen Gewerkschaftsführer, die in ihrer Stellung als Parteimitglieder, als Abgeordnete im Dienste arbeitserfreundlicher Parteien nicht behindert sein wollen. Bei der Zolltarifdebatte gerieten die christlichen Gewerkschaftsführer zum ersten Male in den Konflikt der Pflichten als Arbeitervertreter und Parteimänner; damals betrieterten sie, daß betriebsliche Fragen, wie Zoll- und Steuerpolitik, aus der gewerkschaftlichen Erörterung ausgeschlossen hätten — angeblich aus Gründen der „politischen Neutralität“, in Wirklichkeit aus Rücksicht auf das Zentrum, das sich den Agrariern gegenüber auf die Erhöhung des Lebensmittelpreises festgelegt hatte. Und in ihrer neuesten Programmschrift haben sie die „politische Neutralität“ verschärft, die in Wirklichkeit ausgesprochene politische Parteipolitik zugunsten arbeitserfreundlicher Parteien, insbesondere des Zentrums, ist.

So kann es denn kommen, daß die christlichen „Arbeitervertreter“ im Reichstag, die Gewerkschaftsführer Giesberts, Schiffer, Wiebeberg, Feder, Schürmer und Weßens, der Finanzreform zustimmen mit ihrer ungeheuren Belastung der Arbeiterkraft, mit ihrer Schädigung einzelner Berufe, obgleich aus den Kreisen auch der christlichen Arbeiter heraus laute und zahlreich Proteste gegen die weitere Vermehrung der indirekten Steuern ergangen sind, trotzdem sich jener christliche Gewerkschaftsverband, z. B. die Tabakarbeiter, gegen die ihrem Berufe zugebacht Schädigung gewandt haben.

Die christliche Gewerkschaftstheorie bringt eben alles fertig. Sie gestattet den Herren Giesberts, Schiffer usw., sich als Führer der christlichen Arbeiter aufzuspielen, sich mit deren Hilfe in den Reichstag zu bringen und dort als Mitglieder arbeitserfreundlicher Parteien die Arbeiterinteressen zu vertreten. Wie lange noch — darf man angesichts dieses traurigen Schauspielers fragen — werden sich die christlichen Arbeiter vorreden lassen, daß sich ihr Wohl und ihre Rechte wahren lassen in den Händen von Leuten, deren Ehrgeiz in nichts anderem besteht, als die Handlanger arbeitserfreundlicher Parteien zu spielen?

Weiteres über den Weg zur Macht.

Unser Verwahrung gegen die von Kautsky in seiner neuesten Broschüre (Der Weg zur Macht) entwickelten Ansichten über die gewerkschaftliche Tätigkeit (Nr. 28) hat alle Beweise erfüllt, die wir damit verfolgten. Einmal wollten wir der abstrakten theoretischen Spekulation die Erfahrungsschätze der Praxis des gewerkschaftlichen Lebens entgegenstellen, um dem Pessimismus entgegenzuwirken, der sich aus Kautskys Auffassung ergibt. Das ist uns gelungen, wie uns mehrere Verurteilungen aus Kollegenkreisen beweisen. Sodann wollten wir weitere Kreise der Gewerkschaftswelt auf die Wesenlichkeit der Kautskyschen Ansichten aufmerksam machen. Und darin war uns das Glück hold, indem das „Korrespondenzblatt der General-Kommission“ in seiner Nr. 35 eine scharfe Zurückweisung der neuesten Gewerkschaftstheorie brachte. Und schließlich war es unsere Absicht, etwas Näheres über Kautskys Ansichten und besonders über die ominöse amerikanische Statistik zu hören, auf die sich Kautsky stützt. Auch das ist erreicht, wie ein Blick in die „Neue Zeit“, Nr. 41 lehrt.

Um das Beste als das Geringste zuert zu nehmen: In unserm Artikel hieß es über jene Statistik: „Dann noch eine formale Beanstandung: Wenn wir die Tabelle überhaupt zu lesen verstehen, dann enthält sie ganz grobe Rechenfehler.“ Das Resultat in der letzten Spalte muß sich aus den Zahlen der beiden vorhergehenden Spalten ergeben. Im Jahre 1890 stimmen die Zahlen auch: $102,4 + 101,0 = 1,4 + 98,6 = 100,0$. In einigen

andern Jahren paßt es auch, aber in den meisten Jahren ergeben sich Differenzen um 0,2 bis 0,4 pSt. Man sieht also, die Tabelle ist eine sehr lichterliche Arbeit, und eine andre fand Kautsky nicht für seinen Zweck!

Diese wenigen Zeilen — sie bilden ungefähr ein Fünftel des ganzen Artikels — geben Kautsky Veranlassung drei und eine halbe Seite der „Neuen Zeit“ zu füllen, und die Sache hat ihn derart aufgeregt, daß er den ganzen Erwiderungsartikel danach benennt: „Verächtliche Statistik! — Welch schwerer Vorwurf!“ Ach, wir haben Kautsky schon weit schwerere Anklagen erhoben gesehen, deren Fundierung weniger solide war. Wir schreiben: Wenn wir die Tabelle überhaupt zu lesen verstehen, dann enthält sie ganz grobe Rechenfehler, und anschließend sagten wir, wie wir sie lasen. Kautsky sagt, das sei nicht richtig:

„Die amerikanische Tabelle wäre sicher lichterlich berechnet, wenn die letzte Spalte, einfach in der Weise zustande gekommen wäre, wie der „Grundstein“ und das „Korrespondenzblatt“ glauben, daß man die Zahl für das betreffende Jahr aus der ersten Spalte von der der zweiten abzog, wenn diese größer war — oder umgekehrt verfuhr, wo diese kleiner; und daß man das Ergebnis im ersten Falle von 100 abzog, im zweiten Falle zu 100 hinzuzählte. Die lichterliche Amerikaner haben es nur leider verstanden, sich dieser Methode zu bedienen — aus dem Grunde, weil sie sinnlos wäre, weil man mit Prozentangaben nicht so verfahren darf, wie meine Kritiker annehmen. Damit fällt aber deren ganze, so schwer verlebende Anklage meiner leichtfertigen Erleichterung der Agitations- und Organisationsarbeit vollständig ins Wasser.“

Er setzt dann auseinander, wie solche Verhältniszahlen gewonnen werden. Das ist an und für sich ganz lehrreich, und die Freude über diese Bereicherung unfres Wissens wäre noch größer gewesen, wenn Kautsky vermieden hätte, jenen Ton gehässiger Selbstgerechtigkeit anzuschlagen, wie er jetzt den „gewerkschaftlichen Emporkömmlingen“ und „Barbenis“ gegenüber Hancze zu werden scheint. Er ist nämlich nirgend weniger angebracht als an dieser Stelle. Die von uns verurteilte Berechnungsweise nennt Kautsky zwar sinnlos und lächerlich, er muß aber selbst zugeben, daß, wenn richtig gerechnet worden ist, die Prozentzahlen der letzten Spalte zu denen der ersten beiden in einem gewissen Verhältnis stehen müssen. Zudem hatte Kautsky eine Gruppierung der Tabelle beibehalten, daß keiner, der in solchen Statistiken nicht berufsmäßig zu Hause ist, etwas anderes hätte annehmen können als daß die dritte Spalte das Ergebnis der beiden ersten sein mußte. Es steht ihm darum wirklich nicht gut, die Schale seines gelährten Spottes über uns arme Schwächer auszugießen, zumal er in den Zahlenbeispielen seines Erwiderungsartikels, mit denen er uns in den Sand zu legen glaubt, Rechenfehler macht, die gerade kein Zeugnis besonderer Gründlichkeit sind. Doch trotzdem, den Vorwurf, Kautsky habe eine lichterliche Statistik benutzt, müssen wir, soweit er sich auf die Zahlenunterschiede stützt, zurücknehmen. Wer zu einem gerechten Urteil kommen will, streiche die zehn Zeilen in unserm Artikel und lese ihn ohne diese noch einmal durch. Aber ganz ist damit die Statistik noch nicht erledigt, sie enthält nämlich außer den von Kautsky mitgeteilten Zahlenreihen noch einige andre, die Kautsky beschwiegen, um wie er jetzt sagt, den Leser nicht „durch allzuvielen Zahlen zu ermüden“. Wir müssen ihm das glauben, können aber unferneis nicht so viele Rücksicht auf die Leser nehmen und bringen darum umstehend die ganze Tabelle.

Die Zahlen in der Tabelle gelten für alle Berufe. Zwischen den einzelnen Berufen bestehen erklärlicherweise große Verschiedenheiten. Für die Maurer würden die Zahlen für 1907 lauten: Arbeitszeit 91,8, Stundenlohn 140,9, für die Zimmerer 88,9 und 151,9, bei den Bauarbeitern, die schlechter organisiert sind, ist die Arbeitszeit gleich, aber der Stundenlohn hat die Verhältniszahl 127,2. Die Maler und Tapezierer stehen ähnlich wie die Maurer, bei den Dachdeckern ist es wieder verschieden, da betragen die Zahlen für Pappdächer 97,9 und 116,9, für die Ziegler- und Schieferdecker dagegen 89,9 und 137,2. Es ist leicht zu erraten, daß bei den Verschiedenheiten die bessere oder schlechtere Organisation der Arbeiter des betreffenden Berufs eine große Rolle spielt. Und nun lese man diese Tabelle und vergleiche sie mit dem verunstalteten Zahlenwerk, das

Wo ein Gärtchen dem Gause beigegeben ist, da wirkt es in seiner schlichten Originalität geradezu malerisch. Eine grüne Rasenfläche liegt es da, umfäumt von einer Schür Blauvögel. Im den Rasenplan läuft ein Weg, meterbreit. Er ist mit einer graubraunen Erdat bedeckt. Auf der andern Seite umrahmt wieder Rasen den Weg; doch diesmal machen blaßblaue Blumen die Raseneinfassung.

Ein andres Bild gibt ein Bauerngärtlein. Aus dem niedrigen Stübben treten wir in den roßgebelkten Hallengang hinaus, den nach dem Garten zu gleichfalls roß gefallene, braune Stämme, wie geköpfte Schiffsnägel, flankieren. Ein Erlenbaum mit roten Stämmen und weiß eingetauchten Fencheln lugt aus den Blasenfed hinaus, der weg- und fleglos ist. Ein runder, blaugelber Tisch steht auf ihm. Und um diesen Tisch läuft eine, bequagliche Lehmbank, die nur von einer Seite her Eingang gewährt. Auch ihre Fönung ist blau. Und blau und rot mit gelben Verzierungen sind auch die Holzstämme, die dort wo sie das Verandenbuck tragen, das eine organische Fortsetzung des Hausdaches zu sein scheint. Dieses Gärtchen macht den Eindruck einer so traumatischen Zugehörigkeit zum Gause, daß man es nur mit Freunden begrüßen kann, derartiges auf der Ausstellung anzutreffen.

Auch im Nordland finden die Leute mit Wasser und machen in sozialer Wohlfahrt. Dafür zeugen die Arbeiterhäuser, die eingebett von Naturholzstämmen auf der Nordischen Kunstgewerbeausstellung zu sehen sind. Der Grund und Boden mag ja in Stanbinen billiger sein als bei uns zu Lande, daher, mag sich der Arbeiter dort leichter anschaffen können als z. B. in Mitteleuropa. Immerhin aber bleibt er doch an der Wohlstand geknüpft, in der — mag es auch sein, wo es will auf der Erde — das Spekulationsgeschäft nicht so kriegen ist. Außerdem kann sich der

moderne Lohnarbeiter an seinen festen Platz binden. Er muß der Arbeit folgen können, wohin sie ihn ruft. Mögen also auch die Musterhäuser der Ausstellung noch so wolnig, noch so schön und noch so preiswert sein, für den freien Arbeiter haben sie kein Interesse, wohl aber für den Fabrikanten, der auf diese Art eine an die Scholle gekesselte, sogar billiger Arbeitskräfte auf das leichteste um sich zu sammeln vermag. Anzuerkennen ist bei den ausgestellten Häusern nur das eine, daß auch sie bemüht sind, in ihrer Architektur den heimatischen Charakter zu wahren und somit sich in den Rahmen der Ausstellung unauffällig einzufügen. Zu erwähnen ist im Anschluß hieran noch, daß gerade gegenwärtig in Schweden die Eigenheim-Übergefahrungsmaßnahme von interessanter Seite an propagiert wird.

Wie das nordische Haus mehrstüdig, so erinnert es oft an eine ostasiatische Pagode. Nicht nur das Mißverhältnis hängt über, sondern auch fließt der rings um das ganze Haus laufende Verandenbuck der oberen Etage. Auch das schärfste Haus kennt bekanntlich die überhängenden Gesimse; allein das Überhängen findet hier nur nach der Frontseite statt und nicht nach allen Seiten, wie bei dem gängigsten feinsten nordischen Hause. Zudem verleiht das reiche Holzmateriale eher zu derartiger Bauweise, die Festigkeit und Widerstandsfähigkeit des Ganzen entschieden erhöht, zumal die überhängenden oberen Teile geeignet sind, die unteren erheblich gegen die Unbilden der Witterung zu schützen.

Was sonst Stöckholm an markanten, für den Norden typischen Bauweisen besitzt, kann sich mit Gåsterna, wie sie z. B. Kopenhagen aufweist, in keiner Weise messen. Schwedens Metropole ist eine durch und durch moderne Stadt, die in ihren öffentlichen Bauwerken fast die romantischen Skizzen überbietet hat. Nur das sogenannte Tiergartenviertel und ein paar Häuser in der Nordstadt,

die in unmittelbarer Nähe des Gewerkschaftshauses stehen, tragen ein eigenes, nordisches Gepräge.

Erwähnenswert ist noch das, was das Freilichtmuseum Stanken an typischen Nordlandsbauweisen bietet. Es mögen auch hierüber, wenn es auch nicht gerade in den ureigenen Rahmen unserer Betrachtung hineingeht, immerhin einige Worte gesagt sein. Eine Stensluga (Steinhütte) aus Wiedinge zeigt gewissermaßen die Urforn des steinernen, menschlichen Wohnhauses. Die Fenster dieser Hütte sind im Dach angebracht; der Fußboden besteht, nach Art unter Kennen, aus gestampftem Lehm. Wohllicher mutet schon die Moräthütte aus Dalarna an. Sie hat zwei Wohnräume, einen, Stöden genannt, für den Bauern und seine engeren Angehörigen, und einen andern, Kabin genannt, für das Gesinde. Im Kabinraum werden auch noch die Klebstoffe aufbewahrt. Auch ein paar Pappländerhütten stehen hier; doch kann man bei diesen regelartig aufgestellten Baumstämme, die oben ein Dach zum Abzug für den Rauch frei lassen, kaum noch von Wohnstätten für Menschen sprechen, zumal dieses Nomadenbolz ja auch keinen dauernden Wohnort kennt, sondern seine Kennstierherde stets dort hin führt, wo diese neue, ausreichende Nahrung findet.

So vielen Stöckholm und seine Nordische Kunstgewerbe-Ausstellung manches aus dem Gebiete der Architektur Beachtenswertes. Läßt auch die Stadt bezüglich des für den Norden charakteristischen Hausbaues mehr erwarten als dies in Wirklichkeit der Fall ist, so entschädigt die schöne Landschaft, der malerische Malersee mit seinen zahlreichen Inseln für vieles. Die Freiheit der Szenerie, die dem Norden bei aller seiner Schönheit eigen ist, braucht eine andre Staffage als der Süden; deshalb will auch das Ganze mit andern Augen gesehen werden. Der Eindruck, den man von dem Geschaute mit in die Heimat nimmt, bleibt ein unvergeßlicher.

(Die Jahre 1890 bis 1899 sind gleich 100 gesetzt.)

Jahr	Beitrag zur Produktion	Arbeitszeit	Stundenlohn	Wochenlohn	Wochenlohn im Verhältnis zu 1890	Kaufkraft des Lohnes	Wochenlohn
1890....	94,8	100,7	100,8	101,0	102,4	97,9	98,6
1891....	97,3	100,5	100,8	100,8	103,8	96,6	97,1
1892....	99,2	100,5	100,8	101,8	101,9	98,9	99,4
1893....	99,4	100,8	100,9	101,2	104,4	96,6	96,9
1894....	94,1	99,8	97,9	97,7	99,7	98,2	98,0
1895....	96,4	100,1	98,3	98,4	97,8	100,5	100,6
1896....	98,6	99,8	99,7	99,5	95,5	104,4	104,2
1897....	100,9	99,6	99,6	99,2	96,3	103,4	103,0
1898....	106,4	99,7	100,2	99,9	98,7	101,5	101,2
1899....	112,1	99,2	102,0	101,2	99,5	102,5	101,7
1900....	115,6	98,7	105,5	104,1	101,1	104,4	103,0
1901....	119,1	98,1	108,0	105,9	105,2	102,7	100,7
1902....	123,6	97,3	112,2	109,2	110,9	101,2	98,5
1903....	126,5	96,6	116,3	112,3	110,3	105,4	101,8
1904....	125,7	95,9	117,0	112,2	111,7	104,7	100,4
1905....	133,6	95,9	118,9	114,0	112,4	105,8	101,4
1906....	142,9	95,4	124,2	118,5	116,7	107,3	102,4
1907....	144,4	95,0	128,8	122,4	120,6	106,8	101,5

Kaufkraft in seiner Broschüre gebracht hat. Die Arbeitszeit hat er überhaupt nicht beachtet, obwohl doch Verkürzungen von 5 bis 11 pSt. immerhin mitsprechen, wenn man über die Lebenshaltung einer Arbeiterklasse urteilen will. Die Angaben über die Stundenlöhne hat er ebenfalls für überflüssig erachtet, natürlich um die Leser nicht zu ermüden. Wie sorgsam werden doch die Leser Kaufkrafts behandelte! Wenn man bisher gesehelt konnte, ob man es bei der Broschüre Kaufkrafts mit einer objektiv-wissenschaftlichen Untersuchung oder mit einer gewaltig konstatierten Tendenzschrift zu tun hätte, so dürfte der Zweifel nach dieser Feststellung, daß er aus der Statistik nur die ihm angenehmen Zahlen herausgezogen hat, wohl bei jedem behoben sein.

Auf unsre andern Ausführungen an seinen Schlußfolgerungen aus dieser Statistik geht Kaufkraft mit keinem Worte ein. Sein Wort über das amerikanische Gewerkschaftswesen, nichts über die Politik der amerikanischen Arbeiter, und nichts über den Einfluß der Sozialpolitik der Vereinigten Staaten, als wenn alle diese Erscheinungen ganz gleichgültig wären für die Frage, ob die Gewerkschaften die Lage der Arbeiter dauernd verbessern können oder nicht. Statt dessen bringt er die Parabel, ob die Gewerkschaften imstande seien, den Lohn der Arbeiter dauernd und ununterbrochen immer höher zu heben. Mit solchen Fragestellungen läßt man nichts, sondern verwirrt man die zur Diskussion stehende Frage, und wenn Kaufkraft darauf mit nein antwortet, so tritt er damit seiner andern Ansicht zu nahe; denn, daß der Arbeitslohn innerhalb und außerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung niemals so hoch steigen kann, daß er die Summe der ganzen durch die individuelle Leistung erzeugten Wertsteigerung umfaßt, das hat noch nie jemand behauptet. Mit dem, was er dann folgen läßt, wird er kaum auf Widerspruch stoßen:

Die Gewerkschaft erhöht die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen der Arbeiter über das Niveau, das sie sonst einnehmen — aber über eine gewisse Grenze kann sie dabei nicht hinaus. Und in welcher Richtung sich das allgemeine Niveau des Lohnes bewegt, das hängt von den verschiedensten Verhältnissen ab. Die gewerkschaftliche Bewegung wirkt hier mit, sie bildet aber nur eines der Momente und nicht das entscheidende für dessen Bewegung. Es wäre falsch, so sagen, daß die Lebenshaltung dieser Massen sich stetig absolut verschlechtert. Es ist aber nicht minder falsch, so glauben, daß sie sich dauernd notwendigerweise mit dem Fortgang der kapitalistischen Entwicklung hebt. Neben fälschlichen Schwankungen des Arbeitsmarktes kann es auch längere Perioden stetigen Aufstiegs wie auch solche stetigen Abfalls in der Lebenshaltung der Arbeiterklasse geben. Diese länger in derselben Richtung fortgehenden Bewegungen hängen von großen historischen Verhältnissen ab, Verschiebungen der Handelswege, technischen Umwälzungen, politischen Revolutionen — von Verhältnissen, die selbst die mächtigste proletarische und auch kapitalistische Organisation nicht nach Belieben herbeiführen und lenken kann.

Das hat, wie gesagt, noch kein Mensch bestritten. Auch wir haben nicht die Absicht es zu tun, weil es selbstverständlich ist, daß dort, wo die Rentabilität der Produktion sinkt, die Möglichkeit zur Durchführung von Lohnforderungen sich verringert oder ganz schwindet. Darüber haben wir uns auch in unserm ersten Artikel deutlich genug ausgesprochen und darin sind wir mit Kaufkraft ganz einer Meinung. Und das selbe gilt für folgende Sätze:

Wie immer die Lebenshaltung der Arbeiter sich entwickeln mag, die Gewerkschaften werden sie stets auf einem höheren Niveau halten, als sie sonst einnehmen. Sie bewirken bei allgemeiner steigender Lebenshaltung, daß diese für die organisierten Arbeiter rascher steigt; bei allgemeiner sinkender Lebenshaltung, daß sie für die organisierten Arbeiter langsamer sinkt, als sonst der Fall wäre. Das sind die Erfolge der Gewerkschaften in Bezug auf die Lebenshaltung der Arbeiter. Diese Erfolge erzielen sie unter allen Umständen, und sie allein schon machen die Gewerkschaften unentbehrlich für die Arbeiterklasse, ja man könnte fast sagen, unentbehrlicher noch in Zeiten absteigender als in Zeiten aufsteigender Lebenshaltung, unentbehrlicher in Zeiten der Krise, der Arbeitslosigkeit, als in Zeiten der Prosperität, wenn Arbeiter gesucht sind und auch der einzelne seine Bedingungen stellen kann.

Aber warum, so fragen wir, hat Kaufkraft dies nicht in seiner Broschüre gesagt? Dann hätte er den ganzen Teil, der sich auf die Gewerkschaften bezieht, einsparnen lassen müssen, wie es, wenn man der Fama glauben darf, mit andern Teilen geschehen ist. Denn dort prophezeit er, daß die Gewerkschaften den Unternehmerverbänden nicht mehr gewachsen seien, und das sie die Methode politischer Massenstreiks anwenden müßten, wenn sie noch etwas erreichen wollten. Diese Ansicht bezeichneten wir als "die eines kleinen Kreises osteuropäischer Sozialisten, was unsern Genossen Kaufkraft so arg verhasst hat, daß er des-

wegen zu den Massentrübsüchten und ein aus dem Jahre 1885 stammendes Wort von Marx zitierte. Marx in allen Ehren; aber gerade wer ihn zitiert, sollte seinen teuren Namen nicht damit diskreditieren, daß er Äußerungen als Beweisstücke anführt, die Marx vor einem halben Jahrhundert über etwas tat, was damals erst in den ersten schwächsten Anfängen bestand. Es gilt auch für Marx, daß, wer den Dichter berufen will, in seine Lande gehen muß. Marx kannte nur das alte englische Gewerkschaftswesen, das von der heutigen Gewerkschaftsbewegung ebenso weit entfernt ist, wie der utopische vom heutigen Sozialismus. Und darum hat Marx' Urteil wohl historischen oder biographischen Wert, aber für die Gewerkschaftsbewegung der Gegenwart kann es nicht in Betracht kommen. Er wird darum nicht von unsrer Bemerkung über den kleinen Kreis osteuropäischer Sozialisten getroffen. Um jeden Zweifel zu beseitigen, wohn wir damit zielen, wollen wir verrat, daß uns eine Verhimmelung der Erfolge der russischen Arbeiter gegenwärtig war, die vor zweieinhalb Jahren in der "Neuen Zeit" erschien (25. Jahrgang, I. Seite 134). Dort verpörrte Rosa Luxemburg die Taktik der deutschen Gewerkschaften und ihre "unwürdigen" Erfolge (im Jahre 1906, das den Höhepunkt der gewerkschaftlichen Erfolge bildete) und stellte ihnen die Errungenschaften der revolutionären russischen Arbeiter entgegen, die in einem ständigen gewerkschaftlichen Kampfe, mitten unter Straßenkämpfen, unter einem unaufhörlichen Plageregen von Verhaftungen, Gefängnisstrafen, Prozessen, Maßregeln, mitten unter einer furchterlichen Arbeitslosigkeit und bei häufigen Schlägereien der Soldateska ihre Gewerkschaften schufen und ihre Lohnkämpfe führten. Dann folgte ein Plageregen von Errungenschaften und schließlich die entsetzliche Mahnung an die deutschen Arbeiter, diese Beispiele und Lehren ihres revolutionären Nachbarlandes anzunehmen. Dieser Artikel erregte damals viel Interesse und blieb auch nicht ohne Widerspruch, der nur darum ziemlich leise war, weil man die Freude über die Erfolge des russischen Proletariats nicht durch eine so unangenehme Sache tönen wollte, wie es eine Diskussion mit der Genossin Luxemburg ist. Nach einem Jahre mußte das "Russische Bulletin" feststellen, daß die Lage der russischen Arbeiter schlechter geworden sei als je vor der Revolution gewesen war. Die so rauschenden Erfolge waren so schnell verloren gegangen, wie sie errungen worden waren. Aber trotzdem hört man von jener Seite nicht auf, den deutschen Gewerkschaften vorzubringen, sie müßten andere, revolutionäre Kampfmethoden annehmen. Dieser Gebante ist zuerst von jenen Genossen ausgesprochen worden, die aus dem russischen Reaktionsstumpfen flüchteten und sich nun damit beschäftigen, die deutsche Arbeiterbewegung zu "reformieren", d. h. zu radikalisieren. Soweit sich diese Bestrebungen darauf richten, unsere Gewerkschaften zu bewegen, den Weg der beruflich-wirtschaftlichen Interessensvertretung durch planvolle Lohnkämpfe und verordnete Aktionen zu verlassen und sich dem Wahnsinn des romantisches Syndikalismus in die Arme zu werfen, werden sie uns so lange als ihre Gegner finden, wie jener Weg für uns gangbar ist. Bis heute scheint er es uns noch zu sein; warum, das haben wir in unserm ersten Artikel gesagt, worauf wir allerdings vergeblich auf eine Antwort gewartet haben.

Wir müssen mit dem Genossen Kaufkraft, daß die heutige soziale Ordnung der Auflösung verfallen ist und daß die Organisation der Arbeiterklasse diese Auflösung beschleunigt. Jedoch sehen wir in dieser Auflösung weniger einen Zerlegungs- als einen Neubildungsprozeß, in dem nicht nur neue materielle und geistige Mächte heranwachsen, sondern wo sich auch der rechtliche Umbau der sozialen Ordnung vollzieht und zwar wandelt im Sinne der kommenden neuen Ordnung, wie wir sie als Ergebnis der Entwicklung zu erkennen glauben. In jenem Neubildungsprozeß hat die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse bestimmte Aufgaben zu erfüllen: materielle Kräftigung der Arbeiterklasse, Erziehung zur selbständigen Selbsthilfe, Erhöhung und Veredelung ihrer ganzen Lebenshaltung. Dies ist zugleich die Vorbedingung für den Eintritt der Arbeiterklasse in den vollständigen Kampf. Daneben geht die Schaffung neuer Rechtsformen für das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer in der Richtung der Erweiterung der Macht- und Einflusssphäre der Arbeiter, was schließlich wieder die Vorbedingung für die Erweiterung der politischen Machtsphäre der Arbeiterklasse ist. So gliedert sich der organisierte gewerkschaftliche Kampf in den großen Emanzipationskampf der Arbeiterklasse ein, von dem er darum einen unentbehrlichen Teil bildet. Bei solcher Verfassung der gewerkschaftlichen Organisation stellt sie sich dem in ihr Wirken als ein Stück Selbstzweck dar, als ein teures Gut, das er um so sorgfältiger zu erhalten befreit ist, je schwerer es zu schaffen war. Daraus ergibt sich die Abneigung der Gewerkschaftsfraktion gegen die "revolutionären" Experimente, wie sie uns von Seiten anempfohlen werden, die dem Gewerkschaftswesen fern oder ohne Verständnis gegenüberstehen. Dabei natürlich zu beachten ist, daß diese angeblich revolutionären Methoden, so sehr sich auch als solche darstellen, in Wirklichkeit reaktionär sind, indem sie ein Auslösen unserer Kräfte für Ziele bedeuten, zu deren Erreichung noch die geschäftlichen Voraussetzungen fehlen. Das ist der Punkt, worin wir von Kaufkraft abweisen und worauf sich alle Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und uns zurückführen lassen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Wirtschaftliche Wirkung der neuen Steuern. — Wertsteigerung des mobilen Kapitals. — Die Erneuerung des Kalifundates. — Die Verhältnisse im Eisenwerke.

Nicht nur die Verhandlungen über die Finanzreform, sondern erst recht die Annahme der verschiedenen Steuern beeinflussen das Wirtschaftsleben in gleichem Grade. Wenn auch die Wirkungen nach der wirtschaftlichen Seite besonders gern übertrieben werden, so dürfte doch so viel feststehen, daß die in erster Linie von den Steuern betroffenen Kreise suchen werden, sich der neuen Belastung nach Möglichkeit zu entziehen, die Steuern entweder abzuwälzen oder durch Steigerung der Einnahmen den Steuerdruck möglichst halb wieder zu beheben. Gerade die überaus starke Belastung des Konsums wird

dazu führen, daß die verschiedenen Konsumtenschichten auf eine Erhöhung ihres Einkommens Bedacht zu nehmen werden. Da gibt es eine Belastung auf dem wirtschaftlichen und sozialen Kampfe, die in gleichem Grade nicht eintreten oder wenigstens anders ausgefallen wäre. Wirte und Brauereien wollen zusammenfassen, um gemeinsam eintreten und erhöhten Bierpreis durchzuführen — eine Absicht, die nicht so leicht zu verwirklichen ist. Viel schwieriger aber wird es für das Tabakgewerbe werden, die Steuererhöhung glatt auf den Konsum abzuwälzen. Im Tee- und Kaffeehandel drohen auch durch die überaus starke Vorverjüngung, die in den letzten Monaten noch stattgefunden hat, die in den wenigsten eine rasche Abwälzung auf den Konsum erschweren könnten. Auch bei den Besitzsteuern, namentlich bei der Salonsteuer, werden wir noch manche Nebenwirkungen erleben; teilweise wird man diese Steuer zu umgehen wissen, was ja sehr leicht zu sein scheint, teilweise werden die betroffenen Gesellschaften durch Steigerung der Miete dem Aktionär einen Ausgleich für die Belastung zu bieten suchen. Nicht zuletzt aber werden auch die Arbeiter, als das Hauptgros der Konsumtenschichten, die steuerliche Belastung durch Erhöhung des Lohnniveaus auszugleichen bestrebt sein. So werden die neuen Steuern das Streben in den einzelnen Bevölkerungsschichten werden, möglichst bald einen Ausgleich herbeizuführen. Die Finanzreform wirkt damit sehr rasch auf die Kreise von Waren, Geld und Arbeit zurück und entfesselt Kämpfe, bei denen es sich am letzten Ende immer darum handelt, sich der neuen Belastung nach Möglichkeit zu entziehen. Entweder ist der Effekt dieses Kampfes, daß der gesamte Produktionsbeitrag und entsprechend der Anteil von Kapital und Arbeit gleichzeitig steigt, oder es ist auch möglich, daß durch eine andre Art der Verteilung des Produktionsbeitrages die Arbeit resp. das Kapital nicht in der Lage ist, die Mehrbelastung auszugleichen.

Zunächst trifft die innere Steuerbelastung das Kapital in einer durchsichtlich günstigeren Verfassung als die Arbeit. Während die letztere noch unter dem starken Druck eines ungewöhnlichen Lebensniveaus steht, die eine baldige Verbesserung der Lohnverhältnisse sehr erschweren dürfte, hat das mobile Kapital seit Jahresfrist eine Wertsteigerung erfahren, die nicht zu unterschätzen ist. Nach der Bewegung des Kursniveaus zu schließen, wie es sich für die Hälfte des an der Berliner Börse zum Handel zugelassenen Kapitals ergibt, beträgt die Steigerung des Durchschnittskurses seit Ende Juni 1908 bis Ende Juni 1909 nicht weniger als circa 4,23 pSt. des Nominalkapitals. Allein für die an der Berliner Börse gehandelten Effekten macht diese Kurssteigerung eine Höherbewertung von rund 4,30 Milliarden Mark aus. Wenn natürlich diese Höherbewertung zunächst nur eine rechnungsmäßige ist, so geht aus ihr doch so viel hervor, daß bei allen Umständen von Effekten heute schon ein recht nennenswerter Gewinn gegenüber dem Vorjahr erzielt wird, und daß ganz allgemein die mobilen Kapitalien unter den veränderten Verhältnissen des Geldmarktes einen höheren Wert repräsentieren als im Vorjahr. Der Grad der Wertsteigerung der verschiedenen Effektkategorien ist sehr ungleichmäßig. Die festverzinslichen Werte sind nicht so sehr gestiegen wie die Dividendenpapiere. Aber auch innerhalb dieser sind die Untergründe noch recht erheblich. So haben z. B. die Brauereiaktien gegenüber dem Vorjahr nicht nur keine Preissteigerung, sondern noch eine Entwertung aufzuweisen. Auch z. B. die in letzter Zeit im Vordergrund stehenden Kalifundate lagen während der Verhandlungen um die Erneuerung des Kalifundates ziemlich matt. Erst auf die Nachricht, daß ein neuer Vertrag doch zustande gekommen sei, legte sich eine plötzliche und ungewöhnliche Kurssteigerung in diesen Werten durch.

Es hat sehr lange gedauert, bis die Schwierigkeiten, die einer Erneuerung des Kalifundates im Wege standen, überwunden waren. Wenn man die Verhältnisse in der Kalifundatur näher betrachtet, so wird man auch zugestehen müssen, daß die Kalifundatur sich in einer Krise befindet. Der Absatz nimmt nicht nur in dem Maße zu, wie die Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates steigt. Ermittelt man für das in der Kalifundatur verbundene Unternehmungskapital die durchschnittliche Verzinsung, so ergibt sich für 23 Aktiengesellschaften nur eine Rente von 2,2 pSt. im Jahre 1909. Es ist richtig, daß unter diesen 23 Gesellschaften einige sehr gut prosperierende Werte mit hohem, zum Teil sehr hohen Erträgen sind. Aber sehr viel Kapital steht demgegenüber noch in Werten, die noch nicht zur Förderung gelangt sind, und die jedes Jahr noch mit Verlust arbeiten. Wenn in hochfreien unter Auscheidung der noch nicht förderbaren Werte eine höhere Rente berechnet wird, so mag das vom privatrechtlichen Standpunkt eine sehr vorteilhafte Aufmachung sein, aber sie verschleiern den Umstand, daß große Kapitalbeträge in der Kalifundatur erst auf Verzinsung warten und insofern Verlustträger machen, die in die Millionen gehen. Wenn diese Werte dann zur Förderung gelangen, dann muß die schon jetzt zu hohe Leistungsfähigkeit der Produktion noch mehr ins Mißverhältnis zum tatsächlichen Verbrauch geraten. Unter solchen Umständen muß es schwer fallen, die Kalifundate zu einer neuen Verfassung zu bringen, gerade die Leistungsfähigkeit und am besten rentierenden Werte müssen aus Rücksicht für die anderen sich eine weitgehende Einschränkung ihrer Förderung gefallen lassen, mit der weiteren Möglichkeit, daß durch neue, in Förderung kommende Werte und bei nicht entsprechender Ausdehnung des Absatzes die Beteiligungsquote noch mehr beeinträchtigt wird. Entgültig erneuert ist das Kalifundat noch nicht. Aber immerhin wurde am 1. Juli ein Provisorium bis zum 24. Juli geschaffen, das die definitive Erneuerung des Kalifundates erwarten läßt.

Als recht ungelöst wird noch immer die Geschäftslage im deutschen Eisenwerke bezeichnet. Ein Anhaltspunkt auf den Abfall des Stahlwerksverbandes im ersten Halbjahr lehrt nun, daß gegenüber dem Vorjahr eine Besserung eingetreten ist. Der Verband stellte sich auf 248 214 Tonnen gegen 245 870 Tonnen im Jahre 1908. Der Absatz wäre weit besser, wenn nicht im laufenden Jahre auch ein Ausfall eingetreten wäre. Es stellte sich

nämlich im einzelnen während des ersten Halbjahres der Verfall in Tonnen:

	1908	1909
Formeisen	705145	864445
Halbzug	659862	704457
Eisenbahnmateriale	1090197	912128

Diese Bewegung des Abfahrs der Betriebe des Stahlverbandes läßt sich darauf schließen, daß der Verbrauch auch in der weiterverarbeitenden Industrie wieder in langsame und allmähliche Erwachen begriffen ist, so daß auch das Eisengewerbe vom Erholungsprozeß schon mit ergriffen ist. Allerdings äußert sich der Umschwung erst in ganz geringem Grade.

Berlin, am 11. Juli 1909.

Richard Salver.

Politische Umschau.

Des Reichstages Ende.

Der schwarz-grüne Block hat, wie vorausgesehen war, den Bemühungen der Linken, die Beamtenbesoldungsbörse zugunsten der Subaltern- und mittleren Beamten zu verbessern, „hegreich“ widerstanden. In der zweiten Lesung waren mehrere Anträge der Sozialdemokraten auf Aufhebung der Gehaltsklassen der Unterbeamten angenommen worden. Die Regierung aber sprach ihr „Unannehmbar“. In der dritten Beratung, am 13. Juli, erklärte Herr Eydow namens des Bundesrats, daß dieser dem Gesetz die Zustimmung versagen werde, wenn es in irgendeinem Punkte über die von ihm zugeordneten Gehaltsstufen hinausgehe. Noch einmal trat, namens der sozialdemokratischen Fraktion, der Abgeordnete Singer für die Aufrechterhaltung der in zweiter Lesung beschlossenen Verbesserungen ein. Sie wurde in namentlicher Abstimmung mit 224 gegen 79 Stimmen (Sozialdemokraten und Freisinnige) abgelehnt. Bei der Gesamtabstimmung gaben auch die Sozialdemokraten ihr Votum für das Gesetz ab, während sich die Polen der Abstimmung enthielten, so daß es mit 317 Stimmen Annahme fand.

Was dahin war niemand im Hause, auch der Präsident nicht, darüber unterrichtet, ob die Verlesung des Reichstages oder der Schluß der Session erfolgen werde. Weshalb die Frage solange unentschieden blieb, ist nicht ganz klar. Unmittelbar nach Beilegung der oben erwähnten Abstimmung verlas der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg eine kaiserliche Botschaft, die den Schluß des Reichstages aussprach. Die Botschaft, „gegeben Glücksburg, am Bord der Yacht „Hohenzollern“ am 10. Juli 1909“, ist gegengezeichnet vom Fürsten Bülows, ein Umstand, dessen Verlautbarung die Sozialdemokraten mit Nachdruck beauftragten. Es wirkte auch zu küniglich, daß Bülows letzte Amtshandlung diese Gegenzeichnung war, da er doch seit der Verlesung seines Geschickes nicht mehr im Reichstage erschienen war.

Die nun geschlossene Session ist die längste, die der Reichstag in der Zeit seines Bestehens durchgemacht hat. Sie dauerte nahezu zwei Jahre und fünf Monate, vom 19. Februar 1907 bis 13. Juli 1909. Es war die letzte Session der zwölften Legislaturperiode, mehrfach unterbrochen durch längere und kürzere Vertagungen. Als Reichstag, herborgegangen aus den durch die Reichstagsauflösung vom 13. Dezember 1906 beanstandeten Neuwahlen im Januar des folgenden Jahres, hatte diese Parlamentstagung begonnen. Fürst Bülows hatte scheinbar die Bildung einer „neuen Mehrheit“, die Koalition der Konservativen und der Liberalen gegen Sozialdemokratie und Zentrum, erreicht. Diese Mehrheit verfügte über etwa 220 Stimmen, rund 20 Stimmen über die absolute Mehrheit. Aber schon im Anfang erwies sich der Block als eine politische Anomalie und Monstrosität ohne gleichen. Die von Bülows beabsichtigte Paarung des konservativen und des liberalen Geistes war ein Spiel politischer Spekulation und Gehelei. Den Blockparteien von rechts und von links war es nur darum zu tun, ihre parteipolitischen Geschäfte zu betreiben und sich dabei gegenseitig zu begünstigen. Der Blockliberalismus hoffte auf „Kongressionen an den Liberalismus“ und forderte sie. Die Konservativen aber widerstrebten dieser Forderung. So erwies sich dann alsbald die „Einigkeit“ der neuen Mehrheit als eine Illusion. Nicht lange dauerte es, und die liberalen Blockmitglieder gerieten mit den Konservativen in scharfe Differenzen, die Anfang Dezember 1907 sich so weit entwickelten, daß Fürst Bülows mit seiner Entlassung drohte für den Fall, daß die Blockparteien nicht aufhören würden, sich gegenseitig zu bekämpfen und die Regierung anzugreifen. Es wurde im Reichstage am 5. Dezember eine Versöhnungsinitiative aufgeführt. Die Führer der Blockparteien gelobten nacheinander, hübsch artig zu sein und vertrauensvoll dem Fürsten Bülows als ihrem Herrn und Meister zu folgen.

Die Grünen und die Blauen waren dann auch wirklich „einig“ beim Reichsvereinsgesetz. Sie schlossen ein Kom-

promiß. Großmütig verzichteten wie die Nationalliberalen so auch die Freisinnigen auf konsequentes Festhalten an ihren Grundfäden, um „positive Arbeit“ zu leisten. Wenige Wochen zuvor noch hatten die Freisinnigen erklärt, das Vereinsgesetz mit dem Sprachenparagrafen sei für sie „unannehmbar“. Nun aber erklärte Herr v. Payer, namens der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft: „Wir wollen den verbündeten Regierungen weder einen Grund noch einen Vorwand geben, uns auszuschalten.“ Die Freisinnigen schlußten das Vereinsgesetz mit dem Sprachenverbot und andern reaktionären Bestimmungen, die sie früher bekämpft hatten.

Noch bei einigen andern Gesetzen hielt der notdürftig geleimte Block aus. So beim Wörsengesetz und bei dem Gesetz über die Bestrafung der Majestätsbeleidigungen. Dann aber kam mit dem letzten, am 4. November 1908 begonnenen Sessionabschnitt die „böse Zeit“, in der die Regierung den Block der „großen Belastungsprobe“ mit der Finanzreform unterwarf. Wie diese Belastungsprobe ausgefallen ist, wozu sie geführt hat, darüber haben wir unsere Leser regelmäßig unterrichtet. Der Block zerbrach. Ein neuer Block, das Bündnis der Konserverpaten mit dem Zentrum und den Polen, siegte über Bülows, die verbündeten Regierungen und die liberalen Parteien.

Während der Bundesrat noch vor dem Schluß des Reichstages sich beeilte, den Gesetzentwürfen, betreffend die „Finanzreform“, in der von der neuen Mehrheit beschlossenen Fassung, seine Zustimmung zu erteilen, vollzog sich der Kanzler- und Ministerwechsel. Der Kaiser „geruhte allergnädigst“, dem Fürsten Bülows, die nachgesuchte Entlassung, von seinen Aemtern unter Verleihung des hohen Ordens vom Schwarzen Adler mit Brillanten zu erteilen und den jetzigen Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg zu seinem Nachfolger zu ernennen sowie den Staatssekretär des Reichsschatzamt Eydow von Kinen Dienstgeschäften zu entbinden und zum preussischen Minister für Handel und Gewerbe zu ernennen. Eydows Nachfolger ist der jetzige Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt, Wehmerat Bernmuth.

Damit hat die Reichsfinanzreform-Tragikodie ihren definitiven Abschluß erreicht. Fürst Bülows mag sich seines hohen Ordens mit Brillanten freuen, — wenn er kann. Der neue Reichskanzler tritt sein Amt unter der Herrschaft des schwarz-grünen Blocks an, als Diener einer Regierung, die sich fähig und gewillt gezeigt hat, mit diesem Block, einer Koalition der rücksichtslosesten Reaktionäre, die Geschäfte der Gesetzgebung zu betreiben. Herr v. Bethmann-Hollweg ist die nicht neidenswerte Aufgabe gefallen, der Testamentsvollstrecker einer Politik zu sein, die zu beispielloser Demütigung der Regierung geführt, dem Volke neue ungeheure Steuerlasten beiseit und in der Art, wie das geschah, eine schändliche Verleumdung am Volke begangen hat.

Wären nun auch die Volksmassen, in erster Linie die Arbeiter, der in der letzten Zeit gemachten bösen Erfahrungen stets eingedenk geblieben. Den berechtigten Zorn der Massen zu stärken und zu einem anhaltenden zu machen, ihr Gedächtnis zu schärfen, ist der Zweck eines Aufsatzes, den der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gemeinsam „an das arbeitende Volk“ richten haben. Es heißt darin:

„Die Geschichte weiß kein Beispiel zu nennen, daß einem schon mit 1200 Millionen Mark indirekter Steuern jährlich belasteten Volke mit einem Schlage 400 Millionen Mark neuer Steuern derselben Art aufgebunden wurden. Mehr als 40 jährlich beträgt durchschnittlich die Mehrbelastung für eine einzige Arbeiterfamilie. Und das in einer Zeit wahrhaft verbrecherischer Steigerung aller Lebensmittelpreise! In einer Zeit enormer Arbeitslosigkeit! Und wofür diese neue Belastung? Woher die „Finanznot“ des Reiches? Das uferlose Betrübte, insbesondere die fieberhafte Betreibung des Flottenbaues, die unklare und gefährliche Weltmachtpolitik haben die Reichsfinanzen gerüttelt und in der 20jährigen Regierungszeit Bismarcks II. die Verschuldung des Reiches auf 4500 Mill. Mark emporgetrieben. Militarismus, Marinismus und koloniale Abenteuer geriefen das Wort des Reiches.“

Nicht nur die Höhe der neuen Belastung, sondern vor allem auch die Lastenverteilung und die Durchführung des Neubaus müssen die Empörung des Volkes erregen. „400 Millionen indirekte Steuern — 100 Millionen Beisetzern“ — das war das Programm, mit dem der Blockkanzler und sein Gefolge Eydow vor das Parlament traten. Und diesem Programm beispiellos Ungerechtigkeit stimmten in seinen Grundzügen zunächst alle bürgerlichen Parteien zu; nur die Sozialdemokratie ferngezeichnete es von Anfang an als das, was es war: eine schamlose Plünderung der Massen!

Der Aufruf führt dann weiter aus, daß die Konservativen den aus der Finanzreform herborgegangenen Konflikt entschlossen auf die Spitze trieben, weil sie mit dem Block die Regierung stürzen wollten, die gewagt hatte, auch nur die Möglichkeit der Reform des preussischen Wahlrechts in der Thronrede anzudeuten.

„Das Zentrum nützte die langersehnte Gelegenheit aus, um als Partner des Junkertums wieder an der Herrschaft teilzunehmen. Im Bunde mit Junkern, Polen und Antisemiten gerümmelte es die Geschäftsordnung des Reichstages und verstrickte sich immer tiefer in eine vollverräterische Politik.“

Ohne Rücksicht auf das Schicksal Hundertausender von Arbeitern, die durch diese Gehele kranken gemacht worden, unbefriedigt durch die jammervolle Not des Volkes, unbefriedigt um die schweren Schädigungen von Handel und Wandel, setzten die Junker und die Pfaffen ihren Willen durch: mit harter Faust zwangen sie die Regierungen nieder, deren Vertreter sich bei der nach Form und Inhalt unverfälschten Gesetzesfabrikation der letzten Wochen bis zur persönlichen Würdelosigkeit vor den neuen Herren demühten.

Die Frauen des Volkes leiden in erster Linie unter der beispiellosen Erschwerung der Lebenshaltung des Proletariats infolge der neuen Steuergehele; sie sehen ihre Kinder darben, ihre Kinder verkommen; sie können der Not nicht ausweichen. Sie müssen erkennen lernen, daß nur die Erhebung des Volkes, der gemeinsame politische und gesellschaftliche Kampf von Mann und Weib gegen Ausbeutung und Unterdrückung eine Wandlung herbeiführen kann.

Die Furcht vor dem Zorn des Volkes hat die Regierung von dem Appell an die Wähler abgehalten. Aber aufgehoben ist nicht aufgehoben!

Wenn heute die Regierung und die neue Mehrheit auf die Geduld und Vergeßlichkeit der Massen spekulieren, dann wird der Tag der nächsten Wahl ihnen zeigen, daß sie falsch gerechnet haben. Nur um so gewaltiger wird die zurückgedrängte Energie des Massenwillens sich in dem Entschlusse Luft machen, aufzuräumen mit den Volksverrätern und Volksgerechtern!

Ja, das wird geschehen, weil es geschehen muß! Wenn die Massen sich nicht endlich aufraffen zu einem entscheidenden Schlag gegen die Herrschaft des reaktionären Elements, so verdienen sie, mit Skorpionen gepötscht zu werden!

Die Wirkung der neuen Verbrauchssteuern tritt bereits scharf hervor. Verhandlungen der Vertreter des gesamten deutschen Brauerei- und Gastwirtschaftsverbandes, die gegenwärtig in Berlin stattfinden, haben zu einer grundsätzlichen Einigung der Brauer und Gastwirte in der Richtung geführt, daß am 1. August eine Bierpreisgemeinschaft für das ganze nord- und süddeutsche Brauereigebiet in Kraft treten soll. Die Brauereien werden für ihre bisherigen Bierabnehmer den Bierpreis um 45 Pro Sektolliter erhöhen, und für die Gastwirte wird ein Mindestpreis von 40.3 Pro Liter beim Verkauf an die Konsumenten festgesetzt. Die Gastwirte, die ihren Kunden das Bier unter diesem Mindestpreis verkaufen, erhalten von den Preisgemeinschaft angeschlossenen Brauereien kein Bier mehr geliefert, während umgekehrt die Brauereien, die sich nicht an den Preistarif halten, von den Gastwirtschaftsorganisationen boykottiert werden sollen.

Brauer und Gastwirte wägen also die Steuer auf die Konsumenten ab. Tatsächlich erfährt der Bierpreis eine noch erhebliche über den neuen Steuerzuschlag hinausgehende Steigerung. So wird es auch mit dem Branntwein, dem Tabak, dem Tee, dem Kaffee und den Zündhölzchen gehen. Die Konsumenten sind in solchen Fällen immer doppelt bei den Pörsen!

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist festzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:
Hamburg (Aussperrung aller Arbeiter des Baugewerbes);

Schleswig-Holstein:
Düchelsdorf (Sperre über Schmidt in Kasdorf),
Eutin (Sperre über den Bau des Wasserturms,
Firma Liebold & Co.), Oldesloe (Sperre über
Meyer aus Segeberg);

Mecklenburg:
Sülze (Sperre über Holdorf);

Brandenburg:
Bad Schönebeck (Aussperrung), Lehnin (Sperren
über Koeber, Horn, Jacob in Lehnin und Wendt
in Götz), Fürstenwalde (Sperre über Patzel bei
den Arbeiten der Firma Fintsch, Berlin (Differenzen
im Putzergewerbe);

Pommern:
Pyritz (Streik), Treptow a. d. Rega (Sperre über
Paul Wittke), Bergen a. R. (Sperre über Rudolf
Wahl in Binz), Wolgast (Sperre über Peters in
Lübarsdorf), Swinemünde (Sperre über den
Kirchenneubau in Ostwinde);

Ost- und Westpreußen, Posen:
Koschmin (Streik), Saalfeld (Sperre über Brosowski),
Danzig (Sperre über Schmidt in Keitlau-Jungfer),

Bromberg (Sperrung über Krättschmar), Lyk, Lötzen, Rawitsch (Differenzen);

Königreich Sachsen:

Kirchberg, Plauen (Streiks), Leipzig (Sperrung über Karl Bernhardt in Möckern, Blumenthalstrasse), Mülsen (Sperrung über E. Meier, Ortmanndorf und F. Döhn, Mülsen-St. Niklas), Borsdorf (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Panitzsch), Zittau (Sperrung über Hüske in Weigsdorf), Bautzen (Sperrung über Scheibe), Frankenberg (Sperrung über den Unternehmer Winkler), Chemnitz (Sperrung über Thieme und Haupt in Jansdorf, Walter in Adorf und Bost in Neukirchen), Gottelba (Differenzen);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Coswig, Wettin a. d. S. (Streiks), Halle (Sperrung über Ifland in Passendorf), Weissenfels (Sperrung über die Unternehmer Menzel und Schiedt), Schkeuditz (Sperrung über Reiwand);

Schlesien:

Janer, Landeshut, Militsch (Streiks), Bunzlau (Sperrung über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.);

Thüringen:

Schlotheim, Tambach (Streiks), Arnstadt (Sperrung über O. Gressler), Sachsa (Sperrung über Buchholz in Braunlage), Wölitz (Sperrung über Hoffmann);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg:

Buxtehude, Harburg, Goslar, Holzminden (Aussperrungen), Ahlden b. Löhre, Walsrode, Neuhaus a. d. E., Lingen, Badbergen (Streiks), Sulingen (partieller Streik), Wiesmoor (Sperrung über den Bau der elektrischen Zentrale), Hannover (Sperrung über die Firma Berger & Co. aus Braunschweig), Nordenham (Sperrung über die Bauten des Metallwerks), Osterode (Sperrung über Renneberg in Windhausen), Vechta (Differenzen);

Westfalen und Rheinland:

Viersen, Velbert, Heiligenhaus, Tönisheide, Hilden, Ahlen-Bork-Selm (Streiks), Saarbrücken u. Umg. (Aussperrung), Minden (Sperrung über Alkman in Obernkirchen), Düsseldorf (Sperrung über Riese), Hagen i. W. (Sperrung über Sieckmeier in Wetter), Meinerzhagen (Differenzen);

Hessen-Waldeck:

Biebesheim, Korbach (Streiks), Bad Soden (Sperrung über den Unternehmer Christian), Büttelborn (Sperrung über Kuhlmann und Kraus), Hersfeld (Sperrung über Tomporz);

Bayern:

Würzburg (Aussperrung);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Pforzheim (Streik), Worms (Sperrung über Schmidt), Karlsruhe (Sperrung über Kiefer & Engel);

Fliesenleger:

Mühlheim-Ruhr (Sperrung über Möhlenbrück & Matheis), Köln und Düsseldorf (Sperrung über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), Berlin (Differenzen bei sämtl. Zwischenunternehmern), Nürnberg (Sperrung über Ostertag & Herbst und über Zwischenunternehmer Freudenberg), Coblenz (Sperrung über Caspari).

Isolierer und Steinhölzler:

Cöln (Sperrung über die Korkelholzwerke), Chemnitz (Sperrung über Ziegeler & Fritsche), Hamburg (Aussperrung), Berlin (Sperrung über die Filiale der Gesellschaft „Fama“).

Oesterreich:

Komotau, Rossbach, Welpert (Streiks).

Schweiz:

Winterthur (Streik), Bern (Differenzen);

*

Die Fernhaltung des Zugangs nach den Streikorten ist Pflicht aller Zweigvereins- und Zahlstellenverwaltungen, wie überhaupt aller Kollegen. Da die Unternehmer der größten Streikorte jetzt überall auf der Suche nach Streikbrechern sind, so ist höchste Wachsamkeit nötig. Man unterrichte sich aus dem Streikregister, welche Orte gesperrt sind. Hauptsächlich kommen in Betracht: Hamburg und Umgebung, Plauen, Pforzheim, Saarbrücken und Umgebung, Goslar und Würzburg.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Teina und Emden haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Sieg in Oberschlesien!

Die Aussperrung in Oberschlesien, über was man so nannte, ist mit einem annehmbareren Erfolge der Kollegen beendet worden. Es kam zu Verhandlungen, bei denen die Unternehmer eine Lohnerhöhung von 40 auf 43 % bewilligten. Die Arbeit wurde bereits am 20. Juli wieder aufgenommen.

Der Kampf hat ein schnelles und gutes Ende gefunden. Drei Pfennig Lohnerhöhung sind errungen worden, wo die Unternehmer, vom Gohmstücken befreit, Lohnabzüge verlangten. Die oberschlesischen Unternehmer hatten sich zuvor vorgenommen; sie hätten geglaubt, dem gebührenden Arbeitsvolke alles aufzupacken zu können und hätten darauf den Einflüsterungen gefährlicher Freunde ein nur zu williges Ohr gegeben.

Sie glaubten im Handumdrehen mit der Masse, die nur zu gehorchen hatte, fertig zu werden; sie glaubten, sie brauchten nur zu dekretieren: Aussperrung! und alles würde sich drehen, wie es sich früher gebuddelt hatte jahre-, jahrzehntelang. Es ist anders gekommen. Nirgend hielt es so schwer wie in Oberschlesien, den Arbeitern einen Begriff von der Macht der Organisation beizubringen, sie zu überzeugen, daß sie nur den einen Willen zur Tat zu haben brauchen, um auch für sich den Druck zu erleichtern und sich etwas mehr Lebensglück zu erobern. Aber die gewaltige Arbeit, die dort im Dienste der gewerkschaftlichen Auffklärung geleistet wurde, ist zuletzt doch nicht vergeblich gewesen. Viele harte und alteingewurzelte Mächte machten unsere Gewerkschaften das Feld streitig, rangen mit uns um die Seelen der Unterdrückten, aber sie konnten nicht verhindern, daß wir auch dort unsere Stellung fester und fester machten. Die oberschlesischen Maurer haben in ihrer Mehrheit erkannt, zu wem sie sich halten müssen, wenn es besser werden soll. Das Häuflein der allzeit Zufriedenen wird kleiner und kleiner.

Die Unternehmerrechte in den sogenannten katholischen Fachabteilungen, die sich auch bei diesem Kampfe in gewohnter Hundstreu den Unternehmern vor die Füße warfen, vermochten nicht einmal so viel Leute zusammenzubringen, wie zur Befestigung eines einzigen Baues notwendig sind. Sie haben sich umsonst der Verzweiflung der ganzen Arbeiterschaft preisgegeben, und hoffentlich wird ihnen das nicht vergessen werden. Diese Handlungsweise der katholischen Fachabteilungen kann ihnen ihr ohnehin recht armeliges Leben kosten, wenigstens im Baugewerbe Oberschlesiens. Der schnelle Erfolg der Gewerkschaften ist für die Fachabteilungen ein vernichtender Schlag, den sie nicht verhindern werden.

Unsere Kollegen aber können sich des guten Sieges freuen, er ist der rechte Erfolg ihrer Arbeit. Nun mögen sie ihn tüchtig nützen. Denn jetzt nach dem Siege heißt die Lösung nicht Ruhe, sondern: Vorwärts, zum weiteren Ausbau der Organisation, vorwärts, zur Gewinnung aller Kollegen, die bisher noch nicht mit uns in Reih und Glied marschierten. Die oberschlesischen Maurer wären des Sieges nicht wert, wenn sie mit dem Errungenen zufrieden wären; was erreicht ist, ist nur eine Station, auf der wir eine Späme Zeit halten, um die Vorbedingungen für den weiteren Aufstieg zu schaffen, Kräfte sammeln und dann weiter!

Gau Berlin.

Der Streik in Mühlberg a. d. E. ist siegreich beendet. Nachdem die Streikenden bis auf wenige den Ort verlassen hatten, ließen sich die Unternehmer auf Verhandlungen ein. Das Resultat war, daß der Lohn sofort von 32 auf 34 % bis zum 31. März 1910 festgesetzt wurde. Die beiden in Frage kommenden Unternehmer gehören dem Arbeitgeberverband für den Kreis Liebenwerda an, infolgedessen mußte das Vertragsmuster zur Anwendung kommen. Für die im Herbst stattfindenden Verhandlungen über die Bedingungen nach dem 31. März 1910 ist schriftlich vereinbart, daß für das Jahr 1910 ein Stundenlohn von 36 % als Grundlage genommen werden muß. Die Arbeit ist am 18. Juli wieder aufgenommen worden.

Der Bauarbeiterstreik in Landsberg a. d. W. scheint den dortigen Arbeitgeberverband ganz aus dem Häuschen gebracht zu haben. Durch Heranziehen von Gäftlingen aus der Landeskorrektionsanstalt glaubte man erst den Widerstand der Bauarbeiter zu brechen. Nachdem das nicht gelungen ist, hat man in dieser Woche eine schwarze Liste verfaßt, die 440 Namen von Maurern enthält, die durch den Streik der Bauarbeiter in Mitleidenschaft gezogen sind. Die Kollegen sollen nirgend eingestellt und wo es bis jetzt gelungen ist, wieder entlassen werden. Die Herren vertreten die recht eigenwillige Ansicht, unsere Kollegen müßten die Arbeiten der streikenden Bauarbeiter verrichten und das Material verarbeiten, das von Ziegeln zugeführt wird. Weil dies Verlangen selbstverständlich überall rundweg abgelehnt wurde, soll sich unsere Organisation eines Vertragsbruches schuldig gemacht haben. In einer Sitzung des örtlichen Schiedsgerichts war es nicht möglich, die Unternehmer von ihrem Irrtum zu überzeugen. Das Gewerbegericht soll nunmehr diesen Streik entscheiden. Wir werden dann eingehend über die Sache berichten.

Gau Bremen.

Unsere Kollegen in der zum Zweigverein Bremen gehörenden Zahlstelle Kirchweiche fordern von den Unternehmern die Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden und die Erhöhung des Stundenlohnes auf 60 %.

Gleichfalls die neunstündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 55 % fordern unsere Kollegen in Brinkum. Bisher bestand in beiden Orten die zehnstündige Arbeitszeit mit 50 % Stundenlohn.

In Wiesmoor war es den Unternehmern gelungen, 32 Streikbrecher aus Groningen in Holland zu bekommen. Um unsere Kollegen, die den Bahnhof Wagband-Strachholt an der Kleinbahn Leer-Wurich besetzt hatten, zu jähzornen, wurden sie über Emden-Wurich bis Grobberghen geleitet. Von dort wurden sie mit Wägen, nach Wismar befördert, wo sie um 12 Uhr nachts ankamen. Unsere Kollegen hatten jedoch rechtzeitig Nachricht vom Eintreffen der Streikbrecher bekommen und so waren alle Mann zur Stelle. Der Transport kam mit voller Mühe an, begleitet von einer Anzahl Gendarmen. Nun ging das Ringen los. Unsere Kollegen wollten die Angeordneten davon verständigen, daß in Wismar gestreift wird, um sie so zur Umkehr zu bewegen. Die Gendarmen aber wollten die Schlichtung der Unternehmern bewahren. Wenden gelang es unseren Kollegen nicht mehr, die Streikbrecher wieder zur Abreise zu bewegen. Am anderen Morgen waren sie aber wieder rechtzeitig zur Stelle, und nun gelang es, den Holländern die Sache klar zu machen. Trotzdem bereits eine Anzahl bei der Arbeit war, wurden sie verhaftet, und nun ging es mit Mühe, wie sie gekommen waren, wieder von der Baustelle fort, dem Bahnhof und der Heimat zu. Polizei, Bauführer und

Gendarmen hatten das Nachsehen. Dieser erste wirtschaftliche Kampf bringt unter die Leute in der Moorgegend viel Aufklärung. Die hier wohnenden Bauhandwerker glauben, es werde bei einem Streik die Revolution ausbrechen. Heute bewundern sie die Mäße, mit der der Kampf seitens der Streikenden geführt wird. Zuerst konnten die Funktionäre der Gewerkschaften, die den Kampf zu leiten haben, in Wiesmoor kein Logis erhalten; sie mußten abends den weiten Weg nach Leer oder Aurich machen, um übernachten zu können. Das ist anders geworden, nachdem alles in bester Ruhe verläuft. Auch die Landleute sehen jetzt ein, daß es in der Arbeiterbewegung anders zugeht, als ihnen dies in den Blättern unserer Gegner vorgegaukelt wird. So werden durch diesen Kampf auch manchem Indifferenten die Augen geöffnet. — Unsere holländischen Kollegen warnen wir hiermit vor den nach dort kommenden Agenten, weil diese dort nichts weiter als Streikverderbung betreiben.

Gau Frankfurt a. M.

Als Egelbach, Zweigverein Frankfurt a. M., teilt man uns mit: Der Unternehmer Werner Baugen führt hier gegenwärtig einen Schulbaubau auf. Schon von Anfang an glaubte er, sich um die tariflich festgelegte Arbeitszeit nicht kümmern zu brauchen, indem er Montags den Beginn der Arbeitszeit auf 6 statt 7 Uhr festsetzte. Nachdem die bei ihm beschäftigten Kollegen am 2. Juli eine Baupredigt abgehalten hatten, wurde Werner am 3. Juli mitgeteilt, daß von nun an die Arbeitszeit laut Vertrag an den Montag um 7 Uhr beginne. Werner erklärte, wer um 6 Uhr nicht da sei, brauche auch um 7 Uhr nicht mehr zu kommen. Dadurch erreichte er, daß ein Teil der Kollegen am Montag, 4. Juli, um 6 und ein anderer um 7 Uhr anging. Den Kollegen Schneider-Frankfurt, der mit dem Unternehmer verhandeln wollte, wies derselbe vom Bau. Drei unserer Kollegen wurden entlassen. Um unsern unter so schwierigen Verhältnissen auftauchenden Tarifvertrag Geltung zu verschaffen, mußten wir die Arbeit einstellen. Am 8. Juli hatte Werner sich begeben, so daß nach einer Verhandlung zwischen ihm und unsern Kollegen Schneider und Kappes noch an demselben Tage die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Der Vorgang beweist, daß es auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten möglich ist, dem Tarifvertrag Geltung zu verschaffen, wenn nur die Kollegen den nötigen Ernst dabei haben.

Gau Hamburg.

Die Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts Hamburg sind resultatlos verlaufen. Die Unternehmervertreter, mit Lummert an der Spitze, waren nur widerwillig erschienen, sie wollten gar nicht verhandeln, sondern nur erklären, daß die Aussperrung aufgehoben werde, wenn die Sperren aufgehoben und den Unternehmern Garantien gegeben würden, daß bis zum 31. März 1910 keine Forderungen mehr erhoben würden, auch nicht von den Arbeitern, die ganz unmotiviert, reinweg aus freiem Uebermut des Schachmacherverbandes ausgespart worden sind. Eine solche Erklärung konnten die Arbeitervertreter natürlich nicht abgeben, dazu hätte es ja auch keines Einigungsamtes bedurft. Nach verschiedentlichen Obstruktionsversuchen der Unternehmervertreter konnten die Arbeitervertreter die Forderungen begründen, was ihnen um so leichter fiel, da gerade in den Tagen die „Meißeinigungsreform“ fertig geworden war, wodurch die bisher schon unerträgliche Belastung des arbeitenden Volkes noch bedeutend verschärft wird. Bei den Unternehmervertretern und bei ihren Vertrauensmännern im Einigungsamt — und wohl auch bei dem sehr nervösen Vorstehen — waren aber alle guten Gründe in den Wind geredet. Demgemäß war auch der schließliche Vorschlag des Einigungsamtes, der mit drei gegen zwei Stimmen beschlossen worden und sinngemäß wie folgt lautet:

Die Arbeiter heben die Sperren auf. Der Bau-gewerbeverband hebt die Aussperrung und gibt das Material frei. Die Arbeiter aller Berufe nehmen die Arbeit bedingungslos wieder auf. Der Bau-gewerbeverband verpflichtet sich, bis zum 15. November d. J. vor dem Gewerbe-gericht in Verhandlungen mit den Arbeitern über eine Lohnerhöhung einzutreten.

Die Arbeitervertreter erklärten, daß sie auf der vom Einigungsamt vorgeschlagenen Basis nicht verhandeln könnten. Die Unternehmervertreter gaben keine Erklärung ab. Auf weitere Anfrage des Vorstehenden, ob denn keine Einigung möglich sei, erklärten die Arbeitervertreter, sie seien bereit, bei ihren Auftraggebern dafür einzutreten, daß der Termin der geforderten Lohnerhöhung bis zum 15. Oktober d. J. zurückgestellt werde. — Auch hierzu gaben die Unternehmervertreter keine Erklärung ab, und auch das Einigungsamt begn. die Majorität desselben (der Vorstehende und die Vertrauensmänner der Unternehmer) lehnte es ab, auf Grund des Angebots der Arbeitervertreter neue Einigungsvorschläge zu machen. Da unter solchen Umständen auch ein Schiedspruch, der Annahme bei beiden Parteien gefunden hätte, nicht zustande kommen konnte, mußten die Verhandlungen als gescheitert geschlossen werden.

Die Gewerksminder „Arbeitgeber-Zeitung für das Baugewerbe“ hat eine Wahrheit entdeckt. Sie schiebt die Schuld an dem Mißlingen der Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Hamburger Gewerbegerichts den „professionellen Hebern zu, die sich immer in den Vorbergründen und die ja nicht das geringste Interesse an der Beendigung des Kampfes, an dem Wohle der Arbeiter haben. Das ist auch unsere Meinung. Lummert hat

beispielsweise gewiß kein Interesse an dem Wohle der Arbeiter. Wegen seiner kann der Kampf noch über das nächste Jahr hinausgezogen werden. Bei ihm liegt kein Bau fall, weil er keinen hat, er kennt das Baugeschäft seit Jahren, weil nur noch vom Börsen sagen. Also fort mit dem „Geher“. Welche Legitimation hat Gutschmidt, die Maurer- und Zimmermeister zu vertreten? Er beschäftigt nicht einmal Baulempner, viel weniger Maurer und Zimmerer. Wenn er, um sich einen Namen als „Geher“ zu machen, dafür wirkt, daß die Klemmer ohne jeden Anlaß ausgesperrt wurden und nun merkt, daß er sich dabei in die Messeln gesetzt hat, so mag er das Bad auch selbst fühlen und nicht von den Maurer- und Zimmermeistern verlangen, daß sie den Schaden tragen sollen. Also auch dieser Geher ist reif zum Abschieden. Nummer 3 ist der Organisator des Vertragsbruchs im Betongewerbe, Herr Sachs, und ihm reichen sich an der Plattenhändler Mathies (Warum war sein Kapitenhändler dabei?) und Meister Priem aus Garburg, die ebenfalls wegen ihrer Vertragsbrüche kein Interesse an dem Frieden haben. — Man schaffe also die „Geher“ ab und schicke Vertreter in die Verhandlungskommission, die wirklich interessiert an dem Gang der Dinge sind und nicht nur die nötige Ruhe zur Verhandlung besitzen, sondern auch den starken Willen haben, mit den Arbeitern zu einem ehrlichen Frieden zu gelangen. Wenn man es aber als eine unbillige Last empfindet, vor dem Einigungsamt zu erscheinen und während der Verhandlungen wie auf Stacheln sitzt, wie der Säugling der Unternehmungskommission, so kann natürlich auf ein befriedigendes Ergebnis wenig gehofft werden.

In **Buxtehude** haben die Unternehmer die Aussperrung beschlossen; nur die Kollegen wollen sie in Gnaden wieder annehmen, die aus dem Verband austreten. Bisher hat sich das frühere Mitglied Reeh bereit gefunden, der Organisation den Rücken zu kehren. Offenbar haben die übrigen Kollegen mehr Mennestum.

Der Streit in **Altenrade** ist — diesmal wirklich — beendet. Die Streitenden verzichteten auf die Verletzung der Arbeitszeit, die Unternehmer bewilligten eine Lohn-erhöhung von 5 %; auf dieser Grundlage kam die Einigung zustande. Die Arbeit ist am 20. Juli wieder aufgenommen worden, Maßregelungen dürfen natürlich nicht erfolgen.

Gau Hannover.

In **Goslar** sind die Bauarbeiter übermütig geworden und haben den Versuch gemacht, über einzelne Baugeschäfte die Sperre zu verhängen. Der dortige Arbeitgeberverband antwortete darauf mit einer allgemeinen Aussperrung! Dies weiß die in Goslar erscheinende Arbeitgeberzeitung für das Baugeschäft ihren Lesern als „Neues vom Tage“ mitzuteilen. Der letzte Teil der Mitteilung entpricht nur zum Teil den Tatsachen, wohingegen zu der ersten Behauptung, daß Übermut zur Verhängung der Sperre geführt hätte, die höchste Potenz vom mangelhaften logischen Empfinden gehört, deren nur ein Organ der Arbeitgeberorganisation fähig ist. In Anbetracht des vor einigen Tagen erst wieder vollzogenen Wechsels auf der Tages der Mitgliedschaften, grenzt eine solche in die Welt gesetzte Behauptung denn doch geradezu an Gefühlsduselei. Doch gehen wir zur Sache selbst zurück: Ende Januar d. J. reichten unsere Kollegen bei den Unternehmern eine Forderung ein, wonach sich der Lohn vom 1. April an von 42 % auf 48 % erhöhen sollte. Eine weitere Steigerung auf 46 % sollte am 1. Juli eintreten. Es hat dann mit den Unternehmern eine gemeinsame Sitzung stattgefunden, wo diese dann die Erklärung abgaben, daß in Anbetracht der schlechten Geschäftslage (?) an eine Erhöhung des Lohnes nicht gedacht werden könne. Dies kam auch in einem Schreiben der Unternehmer an unsere Organisationsleitung zum Ausdruck. Unsere Organisationsleitung hat dann unter dem 29. März den Unternehmern mitgeteilt, daß man augenblicklich auf die angeblich schlechte Geschäftslage Rücksicht nehmen wolle, daß man aber erwarte, daß sich die Unternehmer beim Eintritt ihrer besseren Geschäftslage der Maurer erinnern und den geforderten Lohn zahlen. Die Bauantität ist dann von Tag zu Tag weitlich besser geworden, so daß gegen Ende Juni über 200 Maurer in Goslar beschäftigt waren. Die Unternehmer haben aber doch in die gesetzten Vertrauen nicht würdig gezeigt, es ist ihnen nicht eingefallen, auch nur einen Pfennig Lohn mehr zu zahlen, darum haben sich unsere Kollegen wieder in Erinnerung gebracht. Es hat dann noch ein kleines Schriftchen ausgingen, wobei auch weiter nichts herauskam, als daß die Unternehmer „in die Öffentlichkeit kicherten“ und in der Tagespresse erklärten, wenn die Maurer den Kampf aufnehmen, sperren sie das ganze Baugeschäft aus. Dies hat dann aber trotzdem die Maurer nicht abgeschaltet, die Geschäfte von Georg Meyer und Heim. Dagegen zu sperren. Dies geschah am 10. Juli. In dieser Sperre waren 50 Kollegen beteiligt. 50 Kollegen waren schon in den letzten Tagen vor Beginn der Sperren abgereist, so daß nicht ganz viel mehr ausgesperrt war, was aber noch am selben Abend geschah. Die ganze Aussperrungs- und Streikliste belief 183 Namen auf. Von diesen sind 78 abgereist und drei anderweitig untergebracht, so daß mit Wochenschluß noch 102 Kollegen am Plage waren. Auf diese Zahl wird noch wesentlich verringert werden können. In Arbeit sind insgesamt 27 Ausdienten geblieben, die alles and, nur keine wütenden Maurer sind. Nachdem so die Unter-nehmer anscheinend an den Maurern weniger ihr Mitleiden haben konnte, hat man weiter ausgeholt. Zu den durch die Sperren in Mitleidenschaft gezogenen 14 Bauarbeitern hat man nachher noch neun ausgesperrt. Dies will bei 80 Beschäftigten nichts sagen. Zimmerer sind ebenfalls ausgesperrt, da auch der 16. Im ganzen ist die Situation der Unternehmern nicht angenehm; sie dürften es jedenfalls schon bitter bereuen, daß es durch ihren Starrsinn zum härtesten kommen mußte.

Der Streit bei **Kenneberg** aus Windhausen, Zweigverein **Osterode**, geht im alten Fahrwasser weiter. Kenneberg hat die Durchlässe, Wölbungsmauern und Unter-stützungen an der Bahnstraße von Güttele nach Grund i. Harz ausführen. Er hat seit Jahr und Tag einen Stundenlohn von 32 % gezahlt, wohingegen im nahen Seesen 35 % und in

Osterode 36 % gezahlt werden. Man ist im Frühjahr an M. eine Forderung auf 35 % gestellt worden. Dann hat M. an den Zweigvereinsvorstand in Osterode den Wunsch geäußert, eine Ausbesserung mit den andern der Unternehmern zu veranlassen. Hier hat sich aber sowohl M. wie die andern vier gebückt. Da also auf diese Weise nichts zu erreichen war und M. auch sonst jeder Ausbesserung aus dem Wege ging, sogar einzelne Kollegen maßregeln, kam es zur Geschäftsperre, woran rund 40 Kollegen beteiligt sind. Auf einmal nun hat Kenneberg die Landstraße zur Hand genommen und entdeckt, daß Windhausen und Güttele zum Herzogtum Braunschweig gehören und im Kreise Ganderstheim liegen. Flugs schreibt er an die Zweigvereinsleitung, daß man sich bei etwa zukünftigen gewünschten Verhandlungen an den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes für den Kreis Ganderstheim, Herrn D. Schüller, wenden möchte. Da aber alle Erklärungen dafür sprechen, daß Schüller jeder Verhandlung gegenüber aus dem Wege geht, hat eine Veranlassung der Streikenden abgelehnt, diesen Weg zu beschreiten, und so liegt's bei M., wie lange der Kampf dauern soll.

In **Waisrode** haben bisher immer noch die Unternehmer große Hoffnung auf Intervenieren in Zeitungen aller Heimats-gegenden gesetzt, und leider fallen auch immer noch Kollegen darauf herein und glauben, ein Eldorado dort zu finden. Wenn es den Unternehmern auch bis jetzt noch nicht genügt hat, so haben sie aber immerhin den Erfolg, daß uns die Fortschaffung dieser „Intervenieren“ Geböhrden verursacht, und auch diesen Erfolg gönnen wir doch den Unternehmern nicht.

In **Solminde** dauert, veranlaßt durch den Schlagum der Unternehmer, der Kampf unverändert fort; es ist aber begründete Aussicht vorhanden, daß hierin bald Veränderung eintreift.

Gau Mannheim.

Für die **Porzheimer** Unternehmer sind die Dieb- und Diebstahl der Rüstungsanker. Nachdem in der Umgebung Porzheims, im Schwarzwald und im babilischen Odenwald den Streikbrechern das Glück abhold blieb, wandten sie sich nach Dieburg. Dort fanden sich einige Subjekte, die sich als Parteiführer hergaben; für die nötige Zahl Maurer zu sorgen, blieb deren Aufgabe. Die Unternehmer veranlaßten Postgelde und gaben weiß Gott welche Verschönerungen. Uns wurde rechtzeitig der Verdrähtplan bekannt und wir unterließen selbstverständlich nicht, den Leuten auseinanderzusetzen, was sie Schönes zu tun im Begriffe sind. Trotzdem machten sich 17 Mann am 12. Juli nach Porzheim auf. Wenn Mann brachten wir in Seibelberg bereits zur Hand, die übrigen wurden von einer Schar Unternehmer und unter starker Polizeiaufsicht mit Automobil vom Bahnhof abgeholt und ebenso mit Auto von und zur Arbeit gebracht. Der Polizei-Fahndung brachte von Trier fünf und von Konstanz einen Maurer. Um diese paar Mäulchen herzuholen, waren er und ein Unternehmer fünf Tage lang unterwegs. Trotz eifriger Bemühungen von Gendarmerie und Polizei gelang es nicht, die Leute an die Arbeit zu bringen. Es wurde ihnen vorgespiegelt, in Porzheim sei kein Streik. Nachdem die Kollegen gegen die Firma Sieber Schönererlagge erhoben hatten, reisten sie wieder in ihre Heimat zurück. Dem Agenten Galschinski müßten wir nicht raten, bald wieder nach Trier zu gehen, es könnte ihm schlecht bekommen. Daß die Streikenden den Dieb- und Diebstahl unter verschiedenen Hüllen gegenübersetzen, ist leicht begreiflich. Die Mißfolge in letzter Woche haben die Unternehmer vollständig voll gemacht. Im **Porzheimer Anzeiger** hielten sie der Polizei-Automobile an, fahren nach Militär, gebunden sich, kurz gesagt, wie Jassien aus Soltau. Die Polizei läßt sich von dem Geheir nur zu gern beeinflussen. Ein Streikender wurde ohne jeden Anlaß mit Hilfe eines Schutzmannes schwer mißhandelt. Welchen Streich die „Christlichen“ in der letzten Woche begingen, sei der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Im **Porzheimer Anzeiger** stand folgender Artikel:

„Sonntag, 11. d. M., tagte im „Goldenen Becher“ eine Versammlung von christlichen Staats-, Gemeindev-, Stills-, Berufs- und sonstigen Industriearbeitern. In derselben wurde auch der hiesige Bauarbeiterstreik berührt. Es wurde vom Vorhinein mitgeteilt, in welcher Weise die Streikenden und ihre Führer Verstoß gegen christliche Arbeiter Terrorismus treiben. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: Die heute hier versammelten christlichen Arbeiter protestieren gegen den Terrorismus, welcher von Seiten der Streikenden auf christliche Arbeiter ausgeübt wird. Da die sogenannten Streikenden anderweitig Arbeit suchen, so sehen wir uns veranlaßt, den Bauarbeiterstreik als einen solchen nicht mehr zu respektieren. Außerdem ist die Veranlassung der Anstalt, daß mit Terrorismus, Prügel und Drohungen nichts weiter als Unzufriedenheit erreicht wird, damit aber ist einem braven Arbeiter nicht gebührt.“

Was bedeutet das? Nichts anderes als organisierter Streikverrat! Der Satz, den wir Druck hervorgehoben haben, lautet im „Generalanzeiger“ folgendermaßen:

Da die sozialdemokratischen Streikenden es mit Gewalt verhindern wollen, daß christliche Streikende anderweitig Arbeit suchen, so sehen wir uns veranlaßt, den Bauarbeiterstreik als einen solchen nicht mehr zu respektieren.

Nun zunächst die Frage: Warum ist die Resolution in diesen zwei Zeitungen nicht gleichlautend? Hat man schon etwas Unheimlicheres als diese Resolution gelesen? Gewiß nicht. Teigmacher stehn, der Vorhinein des obengenannten Verbandes, wird ja an Gerichtsstelle zu beweisen haben, ob Streikende gegen „christliche“ Arbeiter Terrorismus getrieben haben. Weil die Streikenden anderweitig Arbeit suchen, braucht der Bauarbeiterstreik nicht mehr respektiert zu werden! Einiges Widerspruch ist wohl noch nie vorgekommen. Sollen denn die „Christlichen“, wenn sie im Streik stehen, noch von auswärts Leute an den Streikort, oder haben sie nicht auch das Bestreben, von den Streikenden möglichst viel anderweitig in Arbeit zu bringen? Darin liegt ja gerade von jeder die größte Macht der Bauarbeiterorganisationen, daß bei Streiks möglichst viele Kollegen in andern Orten untergebracht werden. Welches Interesse sollten wir denn weiter haben, „christliche“ Streikende „mit Gewalt zu verhindern“, anderweitig Arbeit zu suchen? Das kann uns ja nur lieb sein. Aber der „christliche“ Bauarbeiterverband hatte nur einen Streikenden an der ist jetzt Streikbrecher. So viel in Richtungstellung von Tatsachen. Was sonst noch zu sagen wäre, wollen wir uns sparen, denn die Streikenden haben für diese „christlichen“ Späher den Schlafplatz der Arbeiterbewegung nur ein „Pulz Tausch“!

Soweit der Bericht; wir wollen dazu bemerken, daß wir schon vor drei Wochen angedeutet haben, daß sich in Porzheim ein neuer christlicher Streikbrecher vorbereitet. Nach dieser christlichen Veranlassung werden sich bald die Streikbrecher einfinden, auf die die Porzheimer Unternehmer so schneidig warten, wenn sich nicht der christliche Verband auf seine Pflicht bekennt.

Nachschrift: Kurz vor Schluß des Blattes wird uns mitgeteilt, daß es den Porzheimer Unternehmern glückt gelungen ist, der Polizei das letzte bißchen Bestimmung zu nehmen. Am 19. Juli hat die Polizei die Streikenden in großer Zahl verhaftet, darunter auch den Gaudelster Forster. Jedenfalls ist es bei den Streikbrechertransporten zu Zusammenstößen gekommen, wobei es dann den am Maßstab interessierten Elementen — und das sind nur die Unternehmer — gelang, den seit längerer Zeit heftigsten eifrigsten Anlaß zum Eingreifen der brutalen Gewalt zu geben. Am Montag haben sich die Meisterhöfne der Polizei zur Hilfe angeboten, und natürlich fand diese nach der wochenlangen Hegelei der Unternehmer nicht mehr den Mut, sich der Hilfe zu erwehren. Diese Schändel haben dann die Arbeiter provoziert und so erreicht, was ihr Ausruhm war. Die Streikbrecher sind aus Dieburg und Seligenstadt, teilweise sind sie mit dem Automobil herangefahren worden. Die von Seligenstadt waren nach ihrer eigenen Aussage mit Revolver und Schlagschläger ausgerüstet und drohen jedem, der sich ihnen näherte, mit diesen Wuchsinstrumenten. Unter ihnen tauchen sich besonders einige Gebrüder Wurzel hervor. In der nächsten Nummer werden wir ausführlicher über diese Vorgänge berichten können.

In **Saarbrücken** sind die Kollegen mit einigen Helfen aus der Kreuznacher Gegend beglückt worden. Auch diese wurden in ihrem Wohnort aufgefällt, doch es war umsonst. Deutsche Streikbrecher waren in unserm Bezirk bisher eine Seltenheit. Nun werden die Unternehmer wieder aufpassen. Wir möchten die Kollegen doch ernsthaft ermahnen, in allen Orten das mögliche in Fernhaltung des Zugangs zu leisten.

Gau Stettin.

Der Streit in **Pyritz** dauert unverändert fort. Es ist zwar dem Unternehmer Hansen geglückt, einige Streikbrecher zu bekommen, und zwar 15 Kollegen aus Diebbruch bei Wolberg in der Neumark. Davon sind zwei im Zweigverein Wolberg organisiert, und zwar Rudolf Krueger Nr. 32 2484 und Rudolf Paßl Nr. 34 199. Die Kollegen sind schon einmal von der Arbeit weggelockt worden und sind wieder hingegangen, obwohl wir ihnen Arbeit bei 35 % Stundenlohn nachgewiesen hatten; sie arbeiten lieber für 45 % bei Hansen. Von den Streikenden ist in den 13 Wochen erst einer abstrinmt geworden. Wenn nicht mit jodel Dummheit und Niedertracht zu kämpfen wäre, hätten wir schon den Erfolg auf unserer Seite.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übergeben:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 12. bis 17. Juli, für folgende Mitglieder erteilt:

H. G. Gräfe - Dresden (Franz), 189 705; A. Dittmar - Geringen a. d. Helme (Franz), 280 591; Louis Schwab-Taubach (Franz), 487 464; M. Trüppel - Breslau (Franz), 16 178; E. M. Sonntag-Dresden (Franz), 162 103; Fr. Steige-Wandern (Franz), 153 549; Fr. A. Martin-Wiesbaden (Franz), 48 575; J. Schermann-Pitzna, 170 204; M. Scherer-Karlshagen (Franz), 286 940; G. Beckmann-Bremen (Franz), 13 539; B. Roth-Gemüth (Franz), 391 968; H. Weigand-Meißen (Franz), 1. S. S. (Franz), 328 093; G. Reichardt - Erfurt, 67 982; W. Kolb-Frankfurt a. M., 22 194; G. Reimann-Berlin, 502 140; J. Smurawski-Fülde, 6819; H. Albert-Berlin, 61 603; Ernst Schuchow-Schmied, 288 688; R. Uebend-Schmied, 38 363; A. Balckrazzi-Mag., 174 911; H. Sellmuth-Bamberg, 217 788; Fr. Matt-Lindwisch, 85 428; Ferd. Schön-Bamg., 51 592; G. Meyer-Oldenburg i. W., 137 938; Herm. Schlegel-Weizig (Franz), 87 411; August Hentrich-Weizig (Franz), 126 918; Herm. Pich-Weizig (Franz), 878 775; Wd. Köppen-Wiesbaden (Franz), 48 222; A. Liebenow-Wiesbaden (Franz), 349 109; W. Müller-Gölsen (Franz), 72 372; G. Böndendorf-Schönberg (Franz), 99 490; M. Rabut-Meiselwitz, 181 227; Fr. Köhly-Berlin (Franz), 472; Ch. Koch-Ronneburg, 181 424.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **J. Küster, Hamburg 1, Wesenbinderhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postzettel anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 11. Juli bis 17. Juli 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Alt-Bienndorf A. 88,80, Mürich 109,20, Wöhrleßen 59,06, Anna 15,15, Augsburg 1257,07, Anklam 302,85, Antonienhütte 271,56, Altm. 120, Altm. 96,36, Mue 383,43, Annaberg 291,28, Alt-Göfel 97,92, Anstalt 77,05, Ansbach 316,12, Angermünde 194,52, Alten 186,74, Altholz 132,34, Althausenleben 123,70, Alldorf-Sothen 99,40, Annaberg 6,30, Annaberg 188,38, Bremen 3300, Brandenburg 983,20, Braunschweig 681,29, Brühl 204,56, Bevenen 202,51, Bitter 167,52, Brandis 97,46, Biers 51,23, Burg d. M. 662,48, Bergen a. Rügen 605,80, Barch 416,60, Barmen 359,13, Bublitz 214,64, Blumenthal 95,74, Bielefeld 81,71, Bielefeld 68,11, Bielefeld 66,08, Breitenburg 59,04, Bries 871,33, Blankenburg a. Harz 584,85, Beuthen 391,90, Bünde 386,28, Bollenhain 182,36, Bremerbörbe 143,70, Bremen 56,26, Bredde 40,14, Brunschwaben 229,60, Boizenburg 229,25, Bohn 175,24, Borsum 58,80, Bremerhaven 950,82, Brühl 468,67, Bernburg 297,17, Bielefeld 59, Gernitz 700,15, Gernitz 292,04, Gernitz 264,89, Götze 162,66, Götze 123,56, Götze 68,32, Götze 260,42, Götze 248,48, Götze 218,16, Götze 61,34,

Kolonnen Gärtnern bestanden hat; es habe nur eine Kolonne Blei und eine Kolonne Wagenbrenner gegeben. Die Kolonne Blei habe so gut wie im Tagelohn gearbeitet; jeder Kolonne in der Kolonne habe 60 1/2 Stundenlohn erhalten, mit Ausnahme des Kolonnenführers Blei, der vom Unternehmer 70 1/2 erhielt. Weiter bestreite Gärtnern, daß die Schweinegarbesal abgereicht sind, weil in Donauwörth die besten Bienen abgekauft waren. Das sei vielmehr gewesen, weil sie zu Hause in Arbeit treten konnten. Auch haben sie keine Schulden hinterlassen, sondern alles bezahlt, was sie gemeinsam gegessen und getrunken haben. Die Schweinegarbesal seien auch nicht Menschen von jener Sorte, die in der Welt herumreisen und ihren Kollegen in den Rücken fallen, sondern zählen sich selbst zu den kampfbereiten Kollegen. Im übrigen glaubt Gärtnern, daß „solche Artikel“ in der jetzigen Zeit nicht angebracht sind.

Ungetreuer Kassierer.

Vom Schöffengericht in Cassel wurde am 13. Juli der frühere Kassierer der Bahnhofs Nordhausen, Joh. Adler aus Altenb. a. u., wegen Unterschlagung von 48,62 Reichsmark Geldern zu 14 Tagen Gefängnis und zur Ertragung der Kosten verurteilt.

Fliesenleger.

Coblenz. Ueber die Firma C. Caspari (Steel Nachfolger) wurde wegen fortwährenden Tarifbruchs die Sperre verhängt. Bei der fauberen Firma ist es Mode geworden, daß die Kollegen nach jeder fertiggestellten Arbeit das Gewerbegericht in Anspruch nehmen müssen. Selbstverständlich geht auch kein tüchtiger Fliesenleger zu dieser Firma, wenn ihn nicht die äußerste Not dazu zwingt. Wenn man von Schmutzfonturern reden kann, so ist dies hier der Fall. Diese Firma unterzieht einfach alles. Das unglaubliche leistet sie im Submissionswesen, und an den Kollegen soll es wieder herausgeschunden werden. In der letzten Woche verlangte die Firma von den Kollegen in recht dreister Weise den Abschluß von Sonderverträgen, die einen bedeutend geringeren Preis enthielten. Nachdem nun die Kollegen die Unterschrift unter solche Extraverträge verweigerten, wurden sie entlassen. Wir erklären an dieser Stelle, daß bis jetzt noch kein Kollege ohne Streit oder Inanspruchnahme des Gewerbegerichts seinen tariflichen Lohn richtig erhalten hat. Offenlich genügt dies, auswärtige Kollegen davor zu warnen, bei dieser elden Firma Arbeiten zu übernehmen. Solchen Ausbeutern muß durch die Solidarität aller Kollegen endgültig das schmutzige Handwerk gelegt werden.

Münster. Schon diesen Winter waren wir genötigt, uns mit den Zwischenunternehmern Freudenberger und Arnold zu befassen, weil sie als echte Unternehmer, söhnlige ihre und die Interessen ihrer Mitarbeiter preisgeben und aus letzteren vertrieben, Vorteile für sich zu ziehen. Wir legten jedoch ihrem ganzen Gebahren insofern wenig Wert bei, weil mindere Arbeitskräfte gewöhnlich immer ziemlich rasch selbst abzuweichen und wir andererseits den Kleinlichkeitsgeist der andern Unternehmer überhört. Kurz vor der Aufhebung der Sperre über die Firma Villeroy & Boch am 26. Juni hatten es diese Leute als gewohnheitsmäßige Mausezrierer nicht mehr unterlassen können, auch dem in großer Bedrängnis sich befindenden Vertreter G. Groß der Firma Villeroy & Boch ihre Gerg zu erschließen mit dem Erfolg, einige Arbeiten übertragen zu erhalten. Es führten demnach Freudenberger und Konforten Arbeiten für zwei Firmen aus, und zwar für Osterlag & Herbst, Baugesellschaft, und Villeroy & Boch, Platten-gesellschaft (Vertreter G. Groß). Der Gipfel ausgedehnter Unternehmerrückständigkeit wird erreicht, indem die Firma Osterlag & Herbst, entgegen ihrem Versprechen bei der Aufhebung der Sperre, in erster Linie die entlassenen Leger wieder zu beschäftigen, diese jetzt feiern läßt mit dem Bemerkeln, für längere Zeit keine Arbeit zu haben, während sie eine städtische Arbeit im Rathaus, eine Außenanlage, durch Freudenberger und einen erst zugereisten Leger Bieba ausführen läßt. Auch die sonst auf Kleinigkeiten pinne die städtische Bauleitung scheint bei ihrem Kontrollgang die Brille vergessen zu haben. Vertreter G. Groß vergibt Arbeiten an Freudenberger. Außerdem giebt er auswärtige Arbeiter zu. Diesem einwandfreien Arbeitsstrahlen erklärt er, momentan keine Arbeit zu haben. So halten die Unternehmer ihr Wort. Jeden Zweifel über die Eigenschaften des Freudenberger als Subtraher, beheben die Annahmen in Nr. 77 und 78 des „Arbeitsmarkt“, wofür er fünf tüchtige Fliesenleger nach Münster sucht. Leider ist einer darauf eingegangen. Wer sich vor Schaden bewahren will, meide Freudenberger. Eine am 10. Juli stattgefundene gabelhafte Versammlung beschloß, über alle Arbeiten des Freudenberger die Sperre zu verhängen.

Isolierer und Steinholzleger.

Leipzig. Nach einer telegraphischen Mitteilung, die uns kurz vor Schluß des Blattes zugeht, ist der Streit der Steinholzleger beendet. Der abgeschlossene Vertrag hat Gültigkeit bis zum 30. März 1912. Der Mindestlohn für Leger beträgt 65 1/2, für Hilfsleger 55 1/2, für Werkstättenarbeiter 45 1/2. Für diejenigen, die diesen Stundenlohn bereits erhalten, tritt eine Zulage von 2 1/2 in Kraft. Vom 1. April 1911 ab soll allgemein ein weiterer Zuschlag von 8 1/2 gewährt werden.

Nochmals: Gemeinsame Arbeit.

Es ist erklärlich, daß unser Artikel in Nr. 27 des „Grundstein“ manderlei Anfechtung aus Kollegenkreisen erfährt. Wäre es nicht der Fall, so hätte er ungeschrieben bleiben können. Wir wissen sehr wohl, wieviel noch fehlt, bis ein Zustand erreicht ist, wie wir ihn im Interesse der Bewegung erstreben müssen. Noch sieht das Mißtrauen fest und tief in der Kollegenschaft, hüben wie drüben; es ist nicht ohne Grund entstanden und wird darum nicht von selbst weichen. Nur durch Taten kann es vertreiben werden. Solche Taten sind ein ehrliches Handinhandarbeiten, wo die Vorbedingungen dazu gegeben sind, und das Anstreben solcher Vorbedingungen, wo sie noch fehlen und wo

die gemeinsame Arbeit zur Vertretung der Berufsinteressen notwendig ist. Zu solchen Taten sollte unser Artikel, wie so manche frühere Äußerung im „Grundstein“, anregen; er sollte die Bereitwilligkeit dazu auf beiden Seiten fördern und schaffen helfen. „Leicht beieinander mochten die Gedanken, doch hart im Maune stießen sich die Sachen“, schreibt uns ein Kollege. Das ist wahr; es ist leichter, zur gemeinsamen Arbeit aufzufordern, als sie praktisch zu treiben. Aber denken wir einmal zurück an die ersten Jahre der christlichen Organisation. Stand sie damals nicht zögerlich immer auf dem Sprünge, zu unserm Schaden in die Bewegung einzugreifen, die Lohnkämpfe zu verwirren und mit den Unternehmern zusammenzugehen? Wer diese Dinge noch kennt, der muß auch sagen, daß darin schon vieles besser geworden ist. Es hat Fälle gegeben, wo jeder Gedanke an ein Zusammengehen ein berechtigtes Mißtrauen herbeigeführt hätte; sie kommen heute wohl auch noch hin und wieder vor, aber das ändert nichts daran, daß eine gemeinsame Arbeit in wachsendem Maße möglich geworden ist. Das wird so weiter gehen. Man muß der wirtschaftlichen Notwendigkeit vertrauen, die beide Teile zwingend darauf hinweist. Das wird nicht überall gleichmäßig leicht und gut gehen, mancher wird nur schwer auf seine überkommene Art zu arbeiten, verzichten können und wird darum die Anbahnung eines besseren Verhältnisses erschweren. Das mühten wir so recht erkennen aus einer Zukunft unsres Kollegen Schulz aus Posen. Es heißt u. a. darin: „Bei einer kombinierten Vertretung der örtlichen Verbände von Posen (Zentralverbände, Christliche und Christ-Donnerschke) legten wir den Christlichen ein von ihnen verarbeitetes Flugblatt in polnischer Sprache vor, das starke Unwahrheiten enthielt. Seit Jahren verbreiten diese die Mär, wir wären von auswärtigen Maurern nach Posen, wodurch nur immer größere Arbeitslosigkeit verursacht würde. In dem Flugblatt steht: „Durch den Zentralverband werden fremde Maurer aus Deutschland, Anhänger der Partei, nach Posen herangezogen, um die hiesigen Maurer arbeitslos zu machen.“

Der Verfasser des Flugblattes ist der Bezirksführer Franz vom christlichen Verband. Wir wiesen ihm und seinen Kollegen an einer Kopie eines Briefes an den Arbeitgeberverband nach, daß er sich in einem Irrtum befinde. Im März richteten wir an den Arbeitgeberverband das Ersuchen, bei Einstellung von Arbeitskräften mögen die Arbeitgeber an erster Stelle die Maurer bevorzugen, die in Posen ihren festen Wohnsitz haben; an zweiter Stelle die, die in den letzten zwei Jahren ihren Erwerb in Posen suchten. Ferner haben wir die zu bevorzugen, die als Kontrahenten des Vertrages, d. h. Mitglieder einer der drei Organisationen sind, die mit dem Arbeitgeberverband den Vertrag geschlossen haben.

Krang entzündete sich damit, daß er nicht gesagt haben wollte, wir hätten die Leute an der Strippe herbei, sondern sie kämen nach Posen. Damit sah er wohl seinen Irrtum ein und wir forderten ihn auf, die Behauptung des Flugblattes in geeigneter Weise zu berichtigen. Das lehnte er ab. Ich forderte darauf die Einberufung einer gemeinsamen Versammlung. Aber auch diesen Vorschlag lehnte er ab. Ich forderte darauf, daß er einen Widerspruch in unserer Zeitung unterzeichne, um uns, speziell mich, von obigem Verdacht zu reinigen; aber auch von diesem Verlangen machte er sich dadurch frei, indem er erklärte: „Das ist nicht so schlimm, das ist so unsere Schreibweise.“

Ein Kollege in leitender Stellung beim christlichen Verband entschuldigt hier eine sehr unschöne Agitation, schwere Vorwürfe damit, daß es so wäre, der Christliche, Schreibweise sei. Man kann verstehen, wenn dann Kollege Schulz unter Hoffnungen nicht teilt. Und darin hat er zweifellos recht, daß solche „Schreibweisen“ erst abgetreift werden müssen, ehe es besser werden soll. Nur dürfen wir uns dadurch nicht selbst zu Ungerechtigkeiten verleiten lassen. Als Träger der größeren und älteren Organisation tragen wir auch die größere Verantwortung für die Bewegung, und darum ist es besonders unsere Sache, nach Möglichkeit alles hinwegzuräumen, was der gemeinsamen Arbeit bei wirtschaftlichen Kämpfen hindernd im Wege steht, selbst dann, wenn man auf der andern Seite zunächst nicht das richtige Verständnis dafür hat.

Die Maurer auf den Zechen und Fabriken im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der auf Zechen und in Fabriken beschäftigten Maurer hinter denen der auf Hochbauten beschäftigten bedeutend zurückstehen, trotzdem die Maurer meistens äußerst gesundheitsförderlich ist, ist allgemein bekannt. Daß aber diese Verhältnisse so traurige sind, wie sie durch eine Erhebung seitens des Gaubandes in Dortmund kürzlich festgestellt wurden, hätten wir denn doch nicht erwartet. Die an alle Zweigvereine des Gaues zu diesem Zwecke versandten Fragebogen sind leider nur von zwölf Vereinen teilweise zurückgefordert worden, und zwar von:

Zweigverein	Für Orte	Für Werte	Rast der Maurer
Bochum	9	17	346
Dortmund	7	11	251
Duisburg	2	12	257
Essen	6	20	835
Gelsenkirchen	1	1	140
Hagen	3	12	93
Herr-Neudorfhausen	10	16	272
Herde	2	6	135
Mülheim	1	2	104
Neuhof	7	18	472
Plettenberg	1	1	7
Witten	1	4	13
Zusammen	50	115	2979

Wir wissen, daß es sehr schwer ist, auf solchen Werken Gefühlsfragen zu machen, wenn nicht auf den Werken selbst eine Anzahl organisierter Kollegen vorhanden ist, und wir wissen auch, daß auf verschiedenen Werken organisierte Kollegen nicht vorhanden sind. Bei einem Teil der fehlenden Werte ist es aber nur der Lausheit der Zweigvereins-

verbände oder der auf den Werken beschäftigten Kollegen auszuführen, daß das Resultat kein besseres geworden ist. Zur Beurteilung der Verhältnisse, unter denen die Maurer auf den Werken arbeiten, genügt aber auch das vorliegende Resultat. Danach wurden auf 115 Werken 2979 Maurer festgestellt. Die Zahl der in Wirklichkeit beschäftigten dürfte 5000 übersteigen. Von diesen dürfte im günstigsten Falle der vierte Teil organisiert sein. Die Organisation dieser Massen ist äußerst schwierig; trotzdem muß sie unerschütterlich gelingen. Die Lohnverhältnisse sind sehr verschiedenartig. Bei den auf den Werken Beschäftigten sind die Löhne der in den Gruben arbeitenden bedeutend höher als diejenigen, die über Tage beschäftigt sind. Doch ist auch hier der Unterschied zwischen den einzelnen Zechen noch ein bedeutender. Am niedrigsten steht der Lohn für die in Fabriken beschäftigten Kollegen, obwohl auch hier Ausnahmen, z. B. bei den Feuerbetriebern, zu verzeichnen sind. Unter den 115 Werken, die auf den Fragebogen festgestellt sind, befinden sich 71 Zechen, auf denen von den insgesamt festgestellten 2979 Maurern 1816 beschäftigt sind. Nur für zehn Zechen werden Stundenlöhne angegeben, und zwar von 44 bis 55 1/2. Alle übrigen zahlen Schichtlohn und dieser bewegt sich zwischen 4 und 5 50. Ueber 1/5 wird nur ausnahmsweise bezahlt. Auf den 44 gezählten Werken, die nicht Zechen sind, find 1663 Maurer beschäftigt. Hier sind die Lohnverhältnisse noch schlechter als auf den Zechen. Auf zehn dieser Werke werden ebenfalls Schichtlöhne gezahlt, und zwar in Höhe von 4 bis 5 50. Mehrere werden jedoch nur in Feuerbetrieben bezahlt. Im allgemeinen bewegen sich auch hier die Löhne unter 4 50. Die Stundenlöhne schwanken zwischen 42 und 53 1/2. Bessere werden nur dort gezahlt, wo der größte Teil der Beschäftigten organisiert ist und wo die Kollegen wegen Lohnerböhung an die Verwaltungen herantreten sind. Von den gezählten 2979 Maurern mußten sich 1086, meistens auf den Zechen Beschäftigte, Lohnkürzungen von 10 1/2 bis 1 pro Schicht gefallen lassen. Von den Werken, die Lohnkürzungen vorgenommen haben, sind es bezeichnender Weise gerade die größeren, Deutscher Kaiser, Höchst usw. Die Arbeitszeit beträgt für die in der Grube Beschäftigten in der Regel acht Stunden, bei hoher Temperatur und manchmal auch bei Schichtmauerungen sechs Stunden; über Tage jedoch zehn Stunden. Die Arbeitszeit auf den Fabriken beträgt in der Regel zehn Stunden, jedoch werden noch auf elf von den angegebenen Werken elf Stunden und auf einzelnen sogar zwölf Stunden gearbeitet. Ueberstundenarbeit ist allgemein üblich. Eine Vergütung gibt es dafür meistens nicht. Die Räumigungsfrist ist auf den Zechen eine halbmönatliche, auf den übrigen Werken in der Regel eine vierzehntägige. Nur auf sechs Werken ist die Räumigung für Maurer ausgeschlossen. In der Regel wird, wie es ja in solchen Betrieben nicht anders möglich ist, im Tagelohn gearbeitet, hin und wieder müssen jedoch auch neue und größere Arbeiten in Auftrag gegeben werden. In solchen Fällen werden die Arbeitspreise einfach von der Betriebsleitung diktiert, ja mitunter kennen die Maurer diese Preise gar nicht. Bei den äußerst niedrigen Löhnen sind auf den Zechen die Beiträge zur Knappheitskasse und auf den übrigen Werken zu den sogenannten Wohlfahrtsvereinen verhältnismäßig sehr hoch. Dabei kommen nur ganz vereinzelte schließlich in den Genuß dieser „Wohlfahrten“. Die meisten werden, wenn sie jahrgelohnet auf solchen Werken beschäftigt gewesen sind und in der ungesunden Atmosphäre der Grube ihre Gesundheit eingebüßt haben, einfach entlassen, wobei sie ihrer ganzen Rechte auf diese Wohlfahrtsvereine verlustig gehen. Selbstverständlich unterliegen diese Maurer auch den sogenannten Arbeitsverbänden, die häufig eine Zuchtanstalt nur allzu ähnlich sehen. Im Winter ist die Zahl der auf den Zechen und Fabriken Beschäftigten Maurer eine weit größere, und dann werden meistens auf die größeren Werken fertiggestellt. Die Verwaltungen dieser Betriebe wissen ganz genau, daß es ihnen im Sommer, namentlich wenn die Konjunktur im Baugewerbe eine gute ist, unmöglich ist, unter den vorerwähnten miserablen Verhältnissen die genügende Anzahl von Maurern zu erhalten. Seitens der Organisation ist schon verschiedentlich versucht worden, diese traurigen Verhältnisse auf den Werken zu verbessern, aber die Werksleitungen stehen auf dem bekannten profitorientierten Standpunkt, unter keinen Umständen die Verbände als Vertretung der Arbeiter anzuerkennen. Die Maurer und auch die übrigen Arbeiter sind in den meisten Fällen zu ängstlich, um an die Betriebsleitungen heranzutreten. Wer es wagt, wird häufig ohne Gnade entlassen. In einigen Fällen ist es jedoch auch hier schon möglich gewesen, durch die Organisation und durch die Solidarität der auf diesen Werken beschäftigten Kollegen, die Verhältnisse zu bessern. Die Aufgabe unsres Verbandes muß es sein, auch hier für unsre Berufscollegen bessere Zustände zu schaffen. Daran mitzuwirken ist die Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes, namentlich aber derjenigen, die auf Zechen und Fabriken beschäftigt sind. Wenn erst die Tausende von Kollegen, die uns heute noch fernstehen, dem Verbande zugeführt sind; wird es uns ein leichtes sein, diese für uns Maurer geradezu beschämenden Zustände zu beseitigen. Deshalb, Kollegen, freudig ans Werk!

Internationale Maurerbewegung.

Schweiz.

Im Baugewerbe in Winterthur tobt nun schon seit sieben Wochen ein heftiger Kampf um die Verfürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden. Die Baumeister sind eifrig bemüht, in der Schweiz und in Italien Streikbrecher aufzutreiben. Bisher hatten sie damit keinen Erfolg. In Zürich war es ihnen zwar gelungen, etwa 60 Arbeiter zu finden, die sich unter der Vorpiegelung der Streik für bezahlt nach Winterthur laden ließen. Als sie aber bei ihrer Ankunft erfuhren, daß man sie in gleicher Weise angegriffen habe, mußten sie mittellos wieder in ihre Heimat zurückkehren. Dieser Tage sind nun die Streikbrecherungen wieder auf die Suche gegangen, und zwar haben sie sich nach Südbad und Oesterreich gewandt. Wir eruchten deshalb unsre Kollegen, den Kampfbereiten ihre Solidarität zu beweisen, indem sie in Bauarbeitertreffen auf den Streik in

Wintertür hinstellen und verbinden, daß Bauarbeiter nach Wintertür abreißen. Die Rohr- und Arbeiterhörschiffe sind dort ganz erbärmlich, das Leben so teuer wie kaum an einem andern Orte. Die Streikbrecheragenten officieren jetzt Stundenlohn von 72 bis 75 Rp., während die streikenden Maurer nur einen Minimallohn von 65 Rp. verlangen, ein Begehren, das von den großzügigen Baumeistern rundweg abgelehnt wurde. Ganz besondere Beachtung wollte man den Streikbrecheragenten schenken und ihnen, wo sie auftauchen, den gebührenden Empfang bereiten. Etwas, auf obiges Bezug habende Mitteilungen bitten wir an das Arbeitersekretariat in Wintertür zu richten.

Zentralfrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit!)

In der Woche vom 11. bis 17. Juli sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Marhof M. 600, Zeilberg 600, Wittenberg 617,20, Wittenburg a. S. 500, Harburg 400, Seibronn 400, Schwerin i. M. 400, GutsMuths 368, Bernau i. M. 350, Dresden 350, Weibel 350, Westk. i. M. 335, Bafewall 320, Niesleben 300, Bittig 300, Rostk i. M. 300, Schrambeck 300, Wanditz 300, Salze 245, Bergedorf 200, Dargitz 200, Eberghausen 180, Gölzow 175,45, Alt-Damm 150, Dresden-Striesen 150, Düsseldorf 150, Tschöke 150, Langenbleich 150, Neufallen 150, Ober-Schönweide 150, Stöckelsdorf 150, Wittenau 150, Vargelheide 140, Wilsnack 137,25, Wandow 100, Eggersdorf 100, Eiden 100, Forst i. b. S. 100, Girdk. 100, Graulitz 100, Joachimsthal 100, Kemberg 100, Kirsch-Steinbeck 100, Lengerich 100, Muenel 100, Neuhaus a. b. S. 100, Neuruppin 100, Otterberg 100, Seyda 100, Stadenburg 100, Wessendorf 100, Wülfelsheim 90, Gennigsdorf 80, Jessen 75, Kirchwarden 74,12, Rausch i. A. 75,73, Bodum 70, Göttingen 70, Göttingen 70, Wülfels a. M. 70, Wülfels 55, Frieled 50, Niesenstein 50, Gonsenheim 45,85, Summa M. 12 191,60.

Zufüsse erhielten: Erfurt M. 300, Otterberg 200, Rastow 175, Baruth i. M. 100, Dessau 100, Göttingen 80, Sönnenburg i. M. 75. Summa M. 1030.

Altona, 17. Juli 1909.

H. Kläfen, zweiter Hauptkassier, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Vorfällen, Submissionen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Antonienhütte. Am 8. Juli brach hier am Neubau der katholischen Kirche infolge einseitiger Überlastung plötzlich ein Teil des Giebelgesimses zusammen, auf dem sich zwei Maurer und vier Mädchen befanden. Diese fielen etwa zwei Stockwerk hinab, durchschlugen das untere Stockwerk und blieben auf der Sohle der Kirche liegen. Während ein Maurer eine heftige Kopfverletzung erlitt, kamen zwei Mädchen mit leichten Aufschürfungen und die übrigen mit dem bloßen Schrecken davon. Zwei der Verletzten wurden ins hiesige Krankenhaus gebracht.

Braunschw. Am 12. Juli stürzte am Café Wagner ein Maler mit der Leiter, auf der er arbeitete, vom Balkon, der ersten Etage aufs Straßenpflaster. An dem Aufkommen des Verunglückten, der einen Schädelbruch erlitt, wird gehandelt. Am 14. Juli stürzte der Bauarbeiter Fr. Drehe von der Leiter einer Malerkränzung ab, wobei er starke Hautabschürfungen davontrug. Ob auch innere Verletzungen stattgefunden haben, ist noch nicht genau festzustellen.

Dresd. Am 14. Juli stürzten hier in der Neuen Adalbertstraße vier auf Trägern im Dachstuhl liegende Balken herab, wobei einige Arbeiter mit in die Tiefe stürzten. Der Maurer Robert Scheunder, der mit dem Ausmauern der Balken beschäftigt war und sich durch den Sturz eine schwere Kopfverletzung und einige Rippenbrüche zuzog, wurde nach dem St. Joseph-Krankenhaus übergeführt. Der Zimmerer Jos. Spinke zog sich schwere innere Verletzungen zu. Er wurde mittels Droschke nach der Magklinik transportiert. Der Unfall entstand dadurch, daß Zimmerleute und Maurer bei starkem Regenwetter arbeiteten. Das Mauerwerk war vollständig ausgefüllt. Durch das starke Schrammen der richtigen Zimmerleute und durch das Hin- und Herschieben der Balken wurde das Mauerwerk auseinandergerissen; die Träger, auf denen die Balken ruhten, sanken aus ihrer Lage, wodurch dann der Absturz erfolgte.

Bromberg. Am 14. Juli wurde dem Maurer Franz Kuczenowski in der Gruenauerstraße beim Transport eines 1½ Zentner schweren Kessel-Ragerbuchs ein Fingerlied der linken Hand abgequetscht, so daß er sich nach Anlegung eines Rotverbandes in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Buc. Am 17. Juli verunglückte in der Kolonie Baupolizei Säger ein Baupolizeiarbeiter, indem er auf dem nassen Boden ausrutschte und so Fall kam. Da der Verletzte nicht mehr gehn konnte, wurde der Polier zweimal aufgerufen, ärztliche Hilfe herbeizuschaffen. Diese Pflicht erfüllte der Polier aber nicht, und so lag der Arbeiter einen ganzen Tag in der Baubude, bis ihn seine Kollegen abends nach dem Krankenhaus brachten.

Grafenw. Am 9. Juli brach an einem der im Bau befindlichen Militärgebäude des Truppenübungsplatzes, ausgeführt vom Unternehmer Reithmeier, ein Gerüst zusammen. Dabei wurde ein Maurer durch einen Nagel an der Hand nicht unerheblich verletzt. Der Zusammenbruch ist auf das vollständige Fehlen von Stämmen zurückzuführen. Der Bauherr wettete war nicht gegen die „Richtigkeit“ der Arbeiter, aber dem nach dem Magazin entlassenen Arbeiter war die Herbeischaffung von Mammern unmöglich, weil keine vorhanden waren.

Neugersdorf. Am 13. Juli stürzte unser Kollege Franz Großmann auf dem Bau der hiesigen Konsumbäckerei in den Fährhüsch und erlitt einen komplizierten Unterschenkelbruch. Er hatte sich eine Leiter auf den Fußboden des ersten Stockwerks gestellt, diese rutschte aus, als er hinaufsteigen wollte; er stürzte darauf ziemlich 6 m tief hinab und mußte sofort in die Klinik nach Bittau überführt werden.

Kositz. Am 12. Juli stürzte der verheiratete Maurer Hans Hagemeyer infolge mangelhafter Abdeckung der Balkenlagen von der ersten Etage in den Keller. Der Verunglückte, der über innere Schmerzen klagte, mußte mittels Wagens in seine Wohnung geschafft werden. Ausgeführt wird der Bau durch den Bauunternehmer S. Born.

Seehausen i. Alt. Am 12. Juli durch Sturz von der teilweise gestörten und sich jetzt im Abbruch befindenden Wohnhaube des Herrn Wundow brach am 4. Juli der Maurer Wilh. Wundow mit der Winkelbodenbede durch und zog sich durch den Sturz schwere innere Verletzungen zu. Das Unglück geschah dadurch, daß ein beim Abbruch beschäftigter Zimmermann den Balken, der die Winkelbodenbede noch hielt, zu frühzeitig aus seiner Lage hob.

*** Rheinisch-westfälische Bauarbeiterschulungskonferenz.** Für den Geltungsbereich Rheinland-Westfalen tagte am 11. Juli in Düsseldorf eine Bauarbeiterschulungskonferenz. Ueber: „Die Mißstände im Hoch- und Tiefbau“ referierte Gauleiter Peters von den Baupolizeiarbeitern. Die Notwendigkeit einer besseren Kontrolle sei ersichtlich aus dem Ergebnis der vorgenommenen Bautenkontrollen im Monat Mai. Diese Kontrolle erstreckte sich auf 37 Hauptorte und die Umgegend. Auf den vorgeführten Bauten waren beschäftigt 15 807 Maurer, 1536 Zimmerer, 13 360 Baupolizeiarbeiter, 814 Schuttführer, 378 Dachbeder, 168 Schreiner, 327 Klempner und Schlosser und 141 Steinmetzen, im ganzen 33 320 Arbeiter. Es wurden im ganzen gezählt 2819 Arbeitsplätze. Von den vorhandenen Bauten waren fertig bis zum Dachstuhl 502, bis dritten Stock 194, bis vierten Stock 329, bis ersten Stock 880, am 569 war nur das Kellergerüst gemauert, 299 waren pufferfertig, 264 waren Umbauten und 36 Arbeitsplätze betrafen Erdarbeiten. Von den 1768 Gerüsten waren in keinem brauchbaren Zustand 552, nicht genügend abgesteift 417, Randrautoren fehlten an 569, Bruchstellen fehlten an 795 Bauten, Untergerüste fehlten 645, Schuttbächer 608, ungenügenden Schuttböden wiesen 214 Bauten auf. Fängerrüste fehlten 186, Fängerräume 98, Leitergänge waren schlecht 288, Leitern, welche nicht gegen Umstürzen und Ausrutschen gesichert waren, 294, Balkenlagen waren nicht abgedeckt 545, Treppenhäuser waren 765 nicht abgedeckt. Baubuden fehlten 385, Baubuden, welche nicht genügend Raum boten, waren 222 vorhanden, weiter und nicht waren 457 Baubuden, Fußböden fehlten in 627 Fällen, Fenster fehlten in 728 Baubuden, die Fenster waren in 502 Fällen nicht zu öffnen, 230 Baubuden hatten keine Stützegeheißer, Material lagerte in 558 Baubuden. Aborte fehlten 265, es waren 188 Aborte keine sechs Meter von der Baubude entfernt, 1190 Aborte waren Gruben, 205 Aborte hatten Dämme, 91 Aborte waren nicht desinfiziert, 430 Aborte hatten keine Stütze oder Stützbohrer, 365 Aborte waren in sehr unreinem Zustand. Der Verbaukasten fehlte an 1047 Arbeitsplätzen. An 582 Arbeitsplätzen fehlten die Unfallverhütungsvorschriften. Der baufällige Zustand einer Baubude am Schulhausneubau in Wittenberg verdient besonders erwähnt zu werden. Derselbe dient als Pferde- und Stall, und zwischen dem Pferdehof dürfen die Arbeiter ihr Mittag- und Abendbrot einnehmen. Besonders stark klagte Kollege Peters, daß die christlich organisierten Bauarbeiter sich um die wichtigsten Fragen des Bauarbeiterschutzes wenig oder gar nicht kümmern. Diefem beifällig aufgenommenen, von großer Sachkenntnis zeugenden Vorschlag folgte ein sehr instruktives Referat des Gauleiters der Maler, Buchelt, über: „Gerüstfragen und Weiberfragen“. Dann besprach sich eingehend der Gauleiter der Dachbeder, Piepenbring, die Mißstände im Dachbederbau an der Hand eines reichen Zahlenmaterials, das aus statistischen Erhebungen gewonnen war. Ueber die Frage: „Wien die in Rheinland-Westfalen erlassenen baupolizeilichen Vorschriften genügen den Schutz für die baugewerblichen Arbeiter?“ referierte unser Kollege Kahl-Dortmund. Er gab einleitend bekannt, daß nur aus sieben Regierungsbezirken der Kommission die Polizeivorschriften zur Verfügung gestellt sind. Von 73 Städten, darunter 13 Großstädten, fehlten die örtlichen Vorschriften, die wenigen vorhandenen genügen aber kaum den minimalsten Wünschen der Bauarbeiter. Die Regierungen hätten in den letzten zehn Jahren für den Schutz der Bauarbeiter nichts getan, was daraus hervorgehe, daß fast alle Verordnungen sich auf den Ministerialerlaß von 1899 stützten. Am rühmlichsten sei die Verordnung der Stadt Dortmund. Die vorgenommene Bautenkontrolle bewies am besten, die wenig solche Verordnungen von den Unternehmern gehalten werden. Ueber: Die Forderung der baugewerblichen Arbeiter nach reichsgesetzlicher Regelung des Bauarbeiterschutzes sprach Genosse Heintze-Darmstadt in bekannter eingehender Weise.

Nach einer recht lebhaften Diskussion wurden drei Resolutionen angenommen, von denen die erste, die unsere Kollegen angeht, hier Platz finden soll:

„In Erwägung, daß die Unfallverhütungsvorschriften der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft die Anforderungen eines wirksamen Schutzes für eine beträchtliche Zahl von gefährdeten Arbeiten vernachlässigen lassen und deshalb nicht genügen;

in weiterer Erwägung, daß die Grundzüge für Polizeiverordnungen, betreffend Arbeiterschutz auf Bauten, nach dem Ministerialerlaß vom 17. Juli 1907 an die Herren Regierungspräsidenten, nicht den dringenden Forderungen des Gesundheitsschutzes Rechnung tragen und außerdem, daß durch die wiederholten Erhebungen der Vertrauenspersonen und auch die im Mai d. J. in Rheinland und Westfalen durchgeführten Kontrollen der Arbeiter festgestellt ist, daß die behördlichen Schutzvorschriften, betreffend Gerüste, Abdeckung der Baubuden, Baubuden, Voranklagen, Dichtung der Winterbauten, Einschränkung in der Anwendung des

offenen Koksfeuers, infolge einer ungenügenden behördlichen Überwachung der Baubetriebsstätten nicht zur Ausführung kommen und dadurch die Zahl der Unfälle und Erkrankungen von Jahr zu Jahr steigen muß;

in weiterer Erwägung, daß auch die Maßnahmen der Staatsregierung, wo nach den Ausführungen des Herrn Ministers v. Breitenbach am 17. März d. J. im Abgeordnetenhaus die Bauaufsicht durch den „mittleren Baubeamten und vorgebildeten Schulgelehrten“ eine Erweiterung erfahren haben, soll, niemals genügen können, sondern nur als eine Konzession an das Unternehmertum und als eine Mißachtung gegenüber den Bauarbeitern zu betrachten sind, fordert die am 11. Juli in Düsseldorf tagende Konferenz der baugewerblichen Arbeiter von Rheinland und Westfalen, daß das Staatsministerium den Bauarbeiterschutz durch Verordnung wie folgt landesgesetzlich regelt:

1. Der Schutz gegen Unfälle und sonstige Gesundheitsgefahren bei den Baubetriebsstätten ist grundlegend durch Normativvorschriften einheitlich zu bestimmen, wobei die Vorschläge der Arbeiter zur Geltung kommen müssen.
2. Für den Umfang des Staatsgebietes ist beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine „Zentralbehörde für Beaufsichtigung von Bauausführungen“ zu errichten, welche alljährlich über ihre Tätigkeit einen Bericht zu veröffentlichen hat.
3. Die beherrschende Bauaufsichtigung ist dahingehend zu reorganisieren, daß bei dem Baupolizei- und Kreisbauämtern mindestens ein Baupolizeiarbeiter aus dem Arbeiterstande angestellt wird. Für größere Orte sind entsprechend mehr Baupolizeiarbeiter anzustellen.

Diesen Baupolizeiarbeiter sind Befugnisse zu erteilen, die eine wirksame Tätigkeit für den Arbeiterschutz ermöglichen. Die Baupolizeiarbeiter haben alljährlich über ihre Amtstätigkeit einen Bericht zu veröffentlichen.

Zum Schluß der Konferenz wurden Kahl (Maurer), Ahrens (Baupolizeiarbeiter) und Janßen (Zimmerer) gewählt zu dem Zweite, mit der Zentralkommission bezüglich der Forderungen des Bauarbeiterschutzes in steter Fühlung zu bleiben.

*** Die Gefährlichkeit der Betonbauweise.** Bekanntlich hat sich in Amerika der Betonbau schon viel mehr eingebürgert als in Deutschland. Da ist es dem interessierten, die Stellung kennen zu lernen, die die amerikanischen Maurer auf Grund ihrer Erfahrungen zur Betonbauweise einnehmen, um so mehr, als man auch in Deutschland dem Betonbau einen gewissen Aufschwung prophezeit. „The Bricklayer and Mason“, das Organ der amerikanischen Maurerorganisation, nimmt eine entschieden Stellung gegen den Betonbau ein. Es behauptet, der Betonbau bewähre sich nicht, gleichviel, wie gut derselbe geplant sei. Es gebe an ihm so viel verheerende Gefahren, daß selbst die Unternehmung in ständiger Angst und die Arbeiter in steter Lebensgefahr schwebten. Um diese Behauptung zu stützen, bringt es recht häufig Nachrichten und genaue Schilderungen über Einstürze oder Teilerstürze an Betonbauten. Auch photographische Bilder bringt es, die die Widerwertigkeit des Betonbaues beweisen sollen. Gleichseitig ruft es die Behörden zum Kampf auf gegen ein Baugeschäft, bei dem „Tag um Tag, Monat um Monat, Jahr um Jahr ungehefter Menschen abgeschlachtet werden“. Die Schuld daran, daß so viele Betonbauten hergestellert werden, schiebt „The Bricklayer“ den Architekten und Ingenieuren zu, „die mit dem großen und einflussreichen Zementtrust in fragwürdiger, enger Verflechtung stehen“. Sie seien es, die die Zementlieferanten von bevorstehenden Bauten in Kenntnis setzten, die dann die Bauherren von ihren Vertretern förmlich belagern und mit Anpreisungen überfallen ließen. Durch die verlockenden und in den überschwänglichen Ausdrücken gefassten Aufflässe, durch wunderhübsch arrangierte Abbildungen von aus Zement hergestellten Brücken und Bauten würden die Bauherren, die von alledem nichts oder nicht viel verstanden, für den Betonbau gewonnen. Wenn dann der Bau begonnen oder fertiggestellt sei, fände der betrogene Bauherr, daß das, was ihm als unergänzlich angepriesen wurde, doch nichts weiter sei, als ein laienhaftes Dreck. „Wieviel praktische Beweise“, heißt es in dem Artikel, „werden wohl noch nötig sein, wieviel Menschenleben müssen noch geopfert werden, bis die Unbrauchbarkeit des Betons im Oberbau ausgebeugt und gesetzlich dafür gesorgt wird, daß er unterbleibt.“

Man sieht also, unsere amerikanischen Kollegen fordern nichts weniger, als daß der Beton für den Hochbau gesetzlich verboten wird. Wir können uns, nach den bis jetzt in Deutschland mit dem Beton gemachten Erfahrungen, dieser Forderung nicht ohne weiteres anschließen, geben aber gerne zu, daß die Betonbauweise weit größere Gefahren mit sich bringt als der Ziegelsteinbau, schon deshalb, weil sich beim Betonbau für die Fälschung und die Verwendung schlechten Materials weit mehr Gelegenheit findet als beim Ziegelsteinbau.

*** Was kostet ein Arbeiterleben?** Im Monat April hatte der Maurermeister Josef Karl von Gansau in GutsMuths den Abbruch eines Hauses in GutsMuths auszuführen. Trotzdem nun das Umwerfen ganzer Wände durch die baupolizeilichen Vorschriften im allgemeinen verboten ist, ließ Karl den über das Haus hinausragenden, etwa 2½ m hohen Kamin doch im Ganzen umlegen, ohne auch nur den Kamin irgendwie zu sichern. Der Einsturz erfolgte vorzeitig; dabei wurde der auf dem Abbruch tätige Zimmermann Johann Graf von dem mitführenden Dachsparren so unglücklich an den Schenkel getroffen, daß er einen mehrfachen Schädelbruch davontrug und am Platze verstarb. Karl war deshalb nur wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Der Staatsanwalt beantragte für ihn eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen. Das Gericht fand jedoch auch diese noch zu hoch und erkannte auf drei Tage Gefängnis — für ein vernichtetes Menschenleben! Solange das furchtbare Spiel mit Gesundheit und Leben der Arbeiter, das im vorliegenden Falle sehr leicht noch mehr als ein Opfer hätte kosten können, mit derartig gelinden Strafen geahndet wird,

wird den Unfallverhütungen, und andern zum Schutze der Arbeiter erlassenen Vorschriften die Geltung verschafft werden, denn die Profitgier wird das kleine Risiko einer derartigen Strafe ganz auf sich nehmen, wenn dadurch die Möglichkeit geboten wird, eine Arbeit rascher und billiger zu erledigen als bei ordnungsgemäßer Ausführung.

* Die „Zementfrage“ genannte Hautkrankheit an den Händen von Arbeitern, die viel und dauernd Zement verarbeiten, ist schon für manchen Kollegen eine schlimme Plage geworden, da sie sehr oft aller Heilmittel spottet. In der französischen Zeitschrift „La Revue“ befindet sich ein Artikel eines Arztes, der sich mit dieser Krankheit beschäftigt. Der Verfasser geht von der Beschreibung einer ähnlichen Krankheit aus, die sich bei den Zieglerarbeitern findet, und die sich in einem heftigen Jucken der Finger zeigt, eine Folge des unausgesehenen Details und Reibens der Steine. Weit schlimmer aber ist der Zustand der Zement- und Mörtelarbeiter, da das Jucken hier weit intensiver auftritt und durch das heftige Kratzen häufig Abgesche und ähnliche Erscheinungen hervorgerufen werden. Diese Krankheit greift von den Händen leicht auf die bloßen Arme und das Gesicht, kurz, auf alle jene Körperteile über, die nackt sind, während sie bei den durch die Kleider geschützten nicht wahrgenommen wird. Dieses Jucken bei den Zementarbeitern wird durch einen äußerst feinen Staub hervorgerufen, der während der Tätigkeit des Mannes durch die Poren in die Haut eindringt und sich dort festsetzt. Wenn nun stundenlang gearbeitet wird, ohne daß die Hände gereinigt werden können, so sind alle Vorbedingungen zum Auftreten dieser anfangs höchst lästigen, aber mit Zeitigkeit sehr gefährlich werdenden Krankheit gegeben.

Der Verfasser verwirft nun, auf die Mittel zur Vermeidung dieses Übels eingehend, alle Nachschläge, die sich auf eine Verabreichung in der Behandlung des Zements beziehen, da diese in vielen Fällen nicht nur unpraktisch, sondern auch undurchführbar seien, und empfiehlt dagegen ein oftmalsiges Waschen der Hände. An jeder Arbeitsstätte sollten eine Reihe von Kübeln aufgestellt werden, die zur Reinigung der Arbeiter bestimmt seien und die gleich nach Benutzung durch frische ersetzt werden müßten. Ein bloßes Waschen genüge keineswegs; das Gefäß müsse so tief sein, daß der Arbeiter bequem nicht nur die Hände, sondern den ganzen Arm bis über den Ellenbogen darin untertauchen und reinigen könne. Das ist es tatsächlich, worauf es ankommt.

Es ist bis heute noch kein sicher wirkendes Mittel gegen die Krankheit bekannt, so daß man sich darauf beschränken muß, die Weiterverbreitung der Krankheit zu verhüten. Und da ist das einzige Mittel peinliche Sauberkeit. Jeder Zementarbeiter sollte es sich zur Pflicht machen, seine Unterarme stets so zu waschen, daß nach völliger Trocknung der Haut die Furchen und Falten keine weißen Rückstände mehr zeigen. Dazu ist stets warmes Wasser für die gründliche abendliche Waschung nötig. Wo das allein nicht hilft, fette man Hände und Unterarme nach dem Waschen mit einem Fett (Wissenol, angewärmter Fischöl) reichlich ein und wasche sich nach einer Weile noch einmal mit warmem Wasser. Wer das konsequent durchführt, wird von dieser nicht nur schmerzhaften, sondern manchmal sogar lebensgefährlichen Krankheit verschont bleiben.

Polizei und Gerichte.

* **Nachwehen vom Benrather Maurerstreik.** Durch den Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter in Benrather hat sich ein großer Teil der Streikenden Anlagen wegen Verleibung und Verwundung von Streikbrechern zugezogen. Die Streikbrecher, die sonst gar nicht so feindselig sind, fühlen sich durch jedes Wort der Streikenden bedroht und beleidigt. Fast nicht ein einziger von den Streikenden, der Streikbrecher angesprochen hatte, ist ohne Anklage davon gekommen. Am 5. Juli wurden der Maurer Flohr und ein Bauhilfsarbeiter wegen Verleibung und Verwundung der Arbeitswilligen zu je einer Woche Gefängnis verurteilt. Am 12. Juli mußte sich der Maurer Faber vor dem Gericht verantworten. In diesem Falle machte das Gericht gleich ganze Arbeit, indem es gleich vier Anklagen gegen den Angeklagten im Ramisch erledigte. Die Streikbrecher wollten von Faber beschimpft und beleidigt sein, was er entschieden bestritt. Der Amtsanwalt klagte jedoch den Streikbrechern vollen Glauben und beantragte wegen Verleumdung, Verwundung und Verleibung im ganzen vier Wochen Gefängnis. Der Verteidiger des Angeklagten trat den Ausführungen des Amtsanwalts scharf entgegen und ersuchte, vor allem nicht eine Verurteilung wegen Vergehen gegen den Paragraphen 163 vorzunehmen, da für eine Verleumdung: von Seiten des Angeklagten der Beweis nicht erbracht sei, und eventuell nur eine Verurteilung wegen Verleibung möglich sei. Das Gericht schloß sich im wesentlichen den Ausführungen des Verteidigers an, erkannte aber trotzdem auf eine Woche Gefängnis. Am 15. Juli fand der Maurer Stieglitz vor demselben Gericht. St. sollte den Streikbrecher Peter Steinberg am 26. Mai durch die Worte: „Streikbrecher“ und „led mich im...“ beleidigt haben. Der Angeklagte wurde für diese Frevel mit einer Geldstrafe von M. 20 bestraft. Am 27. Mai schlug der Streikbrecher Peter Steinberg den Streikenden Stieglitz ohne jede Veranlassung mit einem Hießstock auf den Kopf, wodurch St. eine erhebliche Wunde erhielt, so daß er eine Woche mit verbundenem Kopfe gehen mußte. Das Gericht glaubte bei dem staatsgefährlichen schlaflosen Arbeitswilligen Mißbehalten lassen zu müssen, sah von einer Freiheitsstrafe ab und erkannte nur auf eine Geldstrafe von M. 10. — Eine Klassenjustiz gibt es in Preußen-Deutschland bekanntlich nicht.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 42. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Schnapsblock.

Die Wiebergeburt von Meggio und Messina. Von Oda Olberg (Rom). — Ein „sozialistisches Echo“. Von Adolf Geymer. — Die bayerische Gemeindeversammlung. Eine Mitteilungsliste von Georg Gärtner (München). — Gewerkschaften und revolutionäre Entwicklung. Von Hugo Baume. — Literarische Menschen: Zur Entwicklung der Arbeiterfrage im Königreich Polen. Von Karl Rabel. Marx Verworn, Die Frage nach den Grenzen der Erkenntnis. Von Alfons. Dr. Ludwig Reinhardt, Die Geschichte des Lebens der Erde. Von ew. Paul Mohrback, Deutsch-chinesische Studien. Von Karl Rabel.

Briefkasten.

B. Sch. in P. Die armen Burschen vom Hirsch-Dunderstein Gewerbeverein wollen wir nur laufen lassen. Man schließt doch nicht mit Kanonen nach Baumkronen.

D. M. Darüber können wir keine Auskunft geben.

Warum fragst Du nicht bei den Zementwerkern selbst an?
R. M. in R.-M. Wenn der Betreffende das Maurerhandwerk erlernt, kann ihn niemand daran hindern, als Maurer zu arbeiten, auch wenn er auf die Gesellenprüfung verzichtet hat. Selbstverständlich kann er auch Mitglied des Maurerverbands sein.

S. S. in S. Wir können den Beitrag leider nicht verwenden.

S. J. Wegen dieser Sache erkundigst Du Dich am besten bei einem Rechtsanwalt.

S. P. 100. Dazu hat die Polizei heute leider noch das Recht.

R. S. in G. Deine Frage ist viel zu unklar, auch handelt es sich anscheinend um baupolizeiliche Vorschriften, die bekanntlich nicht überall gleich sind. Wir können sie deshalb nicht beantworten.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirksstellen oder Sektionsvorsitzenden angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile ist 15 A.)

Angsbürg. Am 18. Juli starb unser Kollege **Pius Dittmeier** im Alter von 27 Jahren an Lungenerkrankung.

Erfurt. Am 12. Juli starb unser Verbandskollege **Herm. Reichardt** im Alter von 45 Jahren an Lungenerkrankung und Nervenleiden.

Essen a. d. R. **Basille K. a. d. R.** Am 18. Juli verstarb unser Kollege **Wilhelm Riege** im Alter von 48 Jahren infolge Erstickens.

Stiehe. Am 11. Juli starb unser Mitglied **Josef Szmarawski**, 48 Jahre alt, an Gehirnschlag.

Grauberg. Am 18. Juli starb nach langem Leiden unser treuer Verbandskollege **Karl Stawitzki** im Alter von 46 Jahren.

Hannover. **Homburg.** Am 7. Juli starb unser Kollege **Ernst Schwedhelm** im Alter von 42 Jahren an Herzschlag. — Am 6. Juli starb unser Kollege **K. Töneböhme** im Alter von 30 Jahren an Lungentuberkulose.

Serne - Riedlinghausen. Am 11. Juli starb unser Mitglied **Johannes Hellmuth** aus Altenbach im Alter von 28 Jahren an der Prostatenkrankheit.

Zerichow. Am 18. Juli starb nach langem Leiden unser Verbandskollege **Hermann Blücher** im Alter von 53 Jahren an Magenkrebs.

Meuselwitz. Am 14. Juli starb unser Verbandskollege **Richard Kahnt** aus Falkenhain im Alter von 22 Jahren an Lungenerkrankung.

Wühlheim-Oberhausen. **Basille K. a. d. R.** Am 18. Juli starb infolge eines Unfalles unser treuer Verbandsmitglied **H. Breitemeyer** im Alter von 28 Jahren.

Rawitzsch. Am 7. Juli entschlief nach kurzem Leiden unser treuer Verbandskollege **Adolf Hellmich** im Alter von 54 Jahren an Lungentuberkulose.

Torgau. Am 17. Juli starb unser Verbandsmitglied **Otto Tauchnitz** im Alter von 26 Jahren an Lungentuberkulose.

Wesel. Am 14. Juli starb unser Verbandskollege **W. Hoffmann** im Alter von 21 Jahren an Bauchfellentzündung.

Bernigroben. Am 9. Juli starb unser Verbandskollege **Ernst Weinkönig** aus Bernigroben im Alter von 20 Jahren infolge einer Operation.

Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Rolandsbrüder! Achtung!

Das Verkehrslokal der fremden Rolandsbrüder in Dresden befindet sich:

Leutentierstraße, Restaurant Grillenparzer Hof. Die fremden Rolandsbrüder zu Dresden.

Emil Schlaack wird von seiner Schwester **Maria Schlaack, Hofstr. 1. W., Burgwall 22, 2. Et.,** um Angabe seiner Adresse gebeten. [90 A.]

Franz Weck und **Mathias Barta** werden gebeten, ihre Adresse an **Franz Frits, Erfurt, Ringer 8,** mitzuteilen. [M. 1,20]

Fürstenwalde a. d. Spree.

Sonntag, den 31. Juli, abends 8 Uhr, feiert der Zweigverein sein diesjähriges

* Stiftungsfest *

in der „Philharmonie“.

Bestehend in Konzert, Theater und Tanz.

Einen gemächlichen Abend versprechend, ladet freundlich ein. Der Vorstand.

[M. 3,30]

Landshut.

Sonntag, den 1. August feiert unser Zweigverein sein

Fünfzehntes Stiftungsfest

in den Lokalitäten „Zur Gais“ in Berg ob Landshut

Festprogramm:

1. Vormittags 10 Uhr: Frühstück mit Konzert im Verkehrslokal Hofbräu, Neustadt.
2. Nachmittags 2 Uhr: Aufführung des Festzuges im Hofbräu und Umarmung mit Musik „Zur Gais“.
3. Festsprache des Bauvorstandes der Maurer, Kollege Karl, München.
4. Festschmerz mit Gesangsvorträgen des Arbeiter-Gesangsvereins „Frisch auf!“
5. Abends 8 Uhr: Tanzkränzchen.

[M. 6]

Der Vorstand.

Regensburg.

Sonntag, den 25. Juli, nachmittags 3 Uhr, feiert der hiesige Zweigverein sein

Zehntes Stiftungsfest

im Lokalitäten „Neu-St. Niklas“,

verbunden mit Konzert, Gesang und Festsprache.

Abends von 8 Uhr an: Ball.

Alle Kollegen von Regensburg und Umgebung sind hiermit freundlichst eingeladen. [M. 3,60] Die Ortsverwaltung.

Trier.

Sonntag, den 1. August, feiert der Zweigverein Trier sein

Sechzehntes Stiftungsfest.

Alle Kollegen aus Trier und Umgebung sind dazu freundlichst eingeladen. Das Festprogramm ist im Gewerkschaftshaus ausgelegt. [M. 2,70] Das Festkomitee.

Adressenveränderungen.

(V. bedeutet Vorsitzender, K. Kassierer, L. Verkehrslokal, H. Herberge, R. Reiseunterkunft, W. Wohnung, B. Bäckerei, S. Sektionsvorsitzender.)

Blantenburg a. S. V. Frh. Müller, Peterstr. 4.
Mittweida. V. Emil Samu, Würstchenstr. 46.
Woldenberg. K. Gustav Paul, Junferstr. 16.

Veranstaltungen-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 25. Juli.

Belgien. Nachm. 3 Uhr bei Brüssel. Z. O. Abrechnung vom zweiten Quartal. Verschiedenes. Mitglieder mitbringen.
Finsterwalde. Nachm. 4 Uhr in Bepels Lokal. Wichtige Tagesordnung. Mitglieder mitbringen.
Luckenwalde. Nachm. 3 1/2 Uhr bei Karl Gerhardt. Referent ist anwesend.
Lyden. Nachm. 3 1/2 Uhr bei Herrn G. Ball.
Prieß. Nachm. 10 1/2 Uhr im Vereinslokal. Referent anwesend. Mitglieder mitbringen.
Zempelburg. Nachm. 1 1/2 Uhr in der Herberge. Referent: Bauvorstand, Kollege Gehr.

Dienstag, den 27. Juli.

Liegnitz. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 29. Juli.

Pinneberg. Abends 8 1/2 Uhr bei Lebowitz.

Sonntag, den 1. August.

Hintersee. Nachm. 1 Uhr im „Deutschen Haus“ in Bichtenburg. Z. O. Abrechnung vom zweiten Quartal.
Neugersdorf. Nachm. 1 1/2 Uhr in der „Stadt Leipzig“ in Ebersbach. Z. O. Quartalsbericht. Wie stellen sich die Kollegen zur Verschmelzung? Mitglieder mitbringen.

Dienstag, den 3. August.

Forst. Bei Karl Fehler. Wäcker sind mitzubringen.

Öffentliche Versammlungen.

Sonntag, den 1. August.

Bockwitz. Maurer. Nachm. 2 Uhr bei Walhaus. Referent anwesend.

Zentralfrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 25. Juli.

Luckenwalde. Nachm. 3 Uhr bei Lehmann, Str. 7. Z. O. Abrechnung vom zweiten Quartal. Bericht der Ortsverwaltung. Verschiedenes. Kassa.
Zabikowo. Nachm. 3 Uhr bei Schubert. Z. O. Abrechnung vom zweiten Quartal. Verschiedenes.

Sonntag, den 31. Juli.

München. Abends 8 Uhr im Restaurant „Ehren Haus“, Rumfordstr. 37. Z. O. Abrechnung vom zweiten Quartal. Bericht von der Generalversammlung. Verschiedenes.

Sonntag, den 1. August.

Frankfurt a. d. O. Nachm. 10 Uhr. Sehr wichtige Tagesordnung.